

# PROGRESS

MAGAZIN DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT 05/10

[www.progress-magazin.at](http://www.progress-magazin.at)

## Engagiert

Shirin Ebadi kämpft für Menschenrechte

## Enthüllt

Erfahrungsbericht über Erasmus in Rom

## Entdeckt

Diaspora als sichere Alternative zu Facebook?

## Erfahren

Frigga Haug schreibt übers Lernen



P.b. b. | Erscheinungsort | Wien | Verlagspostamt 1040 | ISSN 1620-2703 | 15,45 M | EURO, 7,3

## Im Netz des Terrors

Wer im Paragraphenschwungel verdächtig wird

[www.oeh.ac.at](http://www.oeh.ac.at)



# Quermeinen



# Querdenken



# Querreden.



**HIGHER**  
**EDUCATION**  
**RELOADED**

Und zwar am besten über Hochschulpolitik.

Der „Higher Education Reloaded“-Kongress geht in die zweite Runde  
Von xx. bis xx. November an der TU Wien – Alle Infos und Anmeldung  
auf [www.her2010.at](http://www.her2010.at). Anmeldeschluss ist der xx. Oktober 2010





## Cover

### 4 Endstation Mundtot

Die von der Regierung geplanten Gesetzesänderungen im Terrorismuspräventionsgesetz laufen Gefahr, missbräuchlich interpretiert und eingesetzt zu werden. Schuld daran sind vor allem unpräzise Formulierungen.

### 6 Das Kreuz mit den Formulierungen

Ingeborg Zerbos über die Absurdität mancher Gesetzestexte und Anklagen.

## ÖH

### 8 Sinn und Unsinn von Praktika

Ein Kommentar zur Sinnhaftigkeit von Praktika während des Studiums.

### 9 Allheilmittel



Und täglich grüßt Ministerin Karl, mit vermeintlichen Allheilmitteln und alten Konzepten.

### 10 Die ewige Party

Nach der Vorlesung im Circo Massimo picknicken. Das geht nur in Rom.

### 11 Studienzeitverzögerung

Unverschuldete Verzögerungen im Studium dürfen in Zukunft nicht mehr passieren.

### 12 Service, das hilft

## Politik

### 14 Wiener Melange oder Filterkaffee?

Wofür das „Wiener Blut“ steht, soll in einer Begriffsklärung deutlich gemacht werden.

### 15 Gutes tun und drüber reden

Mikrokredite werden nicht nur in Ländern des „Südens“ vergeben. Auch in europäischen Breiten ist dies gängige Praxis.

### 16 Made in China



Bei den unterbezahlten und unzulänglich vertretenen ArbeiterInnen regt sich Widerstand.

### 17 Ich werde zurückkehren

Interview mit Friedensnobelpreisträgerin und Menschenrechtlerin Shirin Ebadi.

## Dossier



Wo es an den Hochschulen wirklich brennt wird im Dossier aufgezeigt. Ein aktueller Brandherd ist unter anderem das Thema Gleichstellung.

### 20 Was ist Hochschulbildung wert?

Wie die Rendite von Bildung gemessen werden kann und welchen Sinn dies macht.

### 22 Leere statt Lehre

Nach den Uni-Protesten sind die erhofften Veränderungen nicht eingetreten.

### 23 Die Hälfte der Uni - die Hälfte der Macht?

Die verkrusteten Altherrenstrukturen an den Unis bröckeln langsamer als Marmor.

## Feuilleton

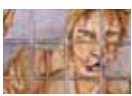
### 26 Zwischen Autonomie und WM

Katalonien äußert erneut Unmut über den beschränkten Autonomiestatus und geht auf die Straße.

### 27 Volle Kontrolle der virtuellen Identität

Das neue Social-Network Diaspora soll eine sichere und nicht kommerzielle Alternative zu Facebook darstellen.

### 28 Biccasso Jürgenssen



Zahlreiche Arbeiten der verstorbenen Künstlerin werden diesen Winter in Wien ausgestellt.

### 29 Zweimal hingehört

Diesmal: Josh Ritter und Ray LaMontagne.

### 30 Der Gegenstand Lernen

Ein Gastkommentar von Frigga Haug.

### 31 Neues aus Europa

Kurzmeldungen aus dem EU-Raum.

# Editorial

## Liebe Leserin, lieber Leser!

Während Ihr Eure vorlesungsfreie Zeit entspannt im Liegestuhl, fleißig beim Ferienjob oder gar abenteuerlustig auf Reisen verbracht habt, war auch die **PROGRESS**-Redaktion den Sommer über nicht ganz untätig. Trotz gelegentlicher 30 Grad im Schatten bewahrten wir einen kühlen Kopf bei der redaktionellen Arbeit und stellten ein Heft zusammen, das den vorherigen Ausgaben in nichts nachsteht.

Die Covergeschichte (ab S. 4) behandelt diesmal das Terrorismuspräventionsgesetz, welches Gefahr läuft, aufgrund seiner schwammigen Formulierungen missbräuchlich angewendet zu werden.

Das Dossier (ab S. 19) beschäftigt sich in dieser Ausgabe mit einer Auswahl von andauernden Problemherden der Hochschulpolitik.

Im Politikteil wird über die Bedeutung des ganz im Zeichen des Wahlkampfes stehenden Begriffs „Wiener Blut“ gerätselt (S.14) und die Idee von Mikrokrediten vorgestellt (S.15).

Das Feuilleton hält Geschichten über die Autonomiebestrebungen der KatalanInnen (S.26), die Zweifelhaftigkeit von Facebook und Co. (S.27) sowie ein Porträt der verstorbenen Künstlerin Birgit Jürgenssen (S. 28) bereit.

Den Abschluss bildet wieder ein Gastkommentar: Diesmal aus der prominenten Feder von Frigga Haug.

Einen guten Start ins neue Semester wünscht Euch

eure **PROGRESS**-Redaktion

## IMPRESSUM

**PROGRESS** – Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft, Ausgabe 5/2010, Erscheinungsmonat: Oktober

**MedieninhaberIn:** Österreichische HochschülerInnenschaft, Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

**HerausgeberInnen:** Sigrid Maurer, Thomas Wallerberger, Benedikt Ruß

**ChefInnenredaktion:** Georg Sattelberger, Ann-Kathrin Slupek, Wolfgang Zwander

**RedakteurInnen dieser Ausgabe:** M. Azmann, M. Bacher, L. Bischof, M. Bartscher, C. Brandtner, V. Ehrenberger, L. Eichberger, A. Fanta, M. Frank, F. Haugg, M. Heiling, N. Hofmüller, E. Kleibel, W. Maltzschmig, S. Maurer, S. Mohrs, M. Müller, C. Rechberger, A. Sawerthal, T. Schmidinger, J. Soyka, A. Tiefenthaler, T. Wallerberger, F. Welzenbach

**Lektorat:** A. Palienko, A. Sawerthal

**Layout:** T. Jenni, J. Kolda

**Cover- und Dossier-Fotos:** D. Novotny, **Ressortcover-Fotos:** J. Kolda

**Inserate:** Öffentlichkeitsreferat, presse@oeh.ac.at

Artikelvorschläge können per E-Mail oder in den Redaktionssitzungen eingebracht werden. Kontakt siehe unten.

**Gratis-Abo anfordern!** [www.progress-magazin.at](http://www.progress-magazin.at)

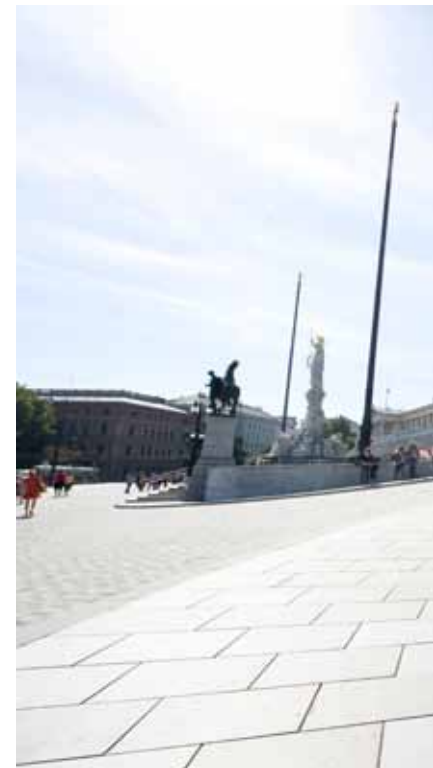
**Telefon:** 01/310 88 80-61

**E-Mail:** [progress@oeh.ac.at](mailto:progress@oeh.ac.at)

**Web:** [www.progress-magazin.at](http://www.progress-magazin.at)

**Auflage:** 120.000 Stück

**Druck:** Leykam, Neudörfl



# Endstation Mundtot

Die Regierung feilt an einem Terrorismuspräventionsgesetz, das eine lebendige Protestkultur gefährden könnte. Schuld daran sind vor allem unpräzise Formulierungen.

MARION BACHER

Der Glaube an eine größere und bessere Zukunft ist einer der mächtigsten Feinde gegenwärtiger Freiheit.“ (Aldous Huxley)

Angst zu haben, das kennen wir. Mal sind es Banalitäten des Lebens, wie eine bevorstehende Prüfung, ein Zahnarztbesuch oder das Leben in einer fremden Stadt. Mal geht es tiefer, wird existenzieller, wenn einem die Angst vor dem Tod die Nächte zum Tag macht. Angst besteht meist vor etwas Unbestimmtem, etwas, das vor uns liegt oder vor uns liegen könnte.

Seit 9/11 hat man mehr denn je Angst vor Terrorismus. Seit dem TierschützerInnenprozess Angst vor dem Mafiaparagraphen. Und nachdem vier AktivistInnen, die Mistkübel angezündet haben, nun die Anklage nach dem Terrorismusparaphen droht, muss sich nun gänzlich vor dem Staat gefürchtet werden. Plant die politische Elite gegenwärtig unter dem Deckmantel Terrorismus die Zivilgesellschaft mundtot zu machen?

**Terrorcamp.** Am 26. April stellte Innenministerin Maria Fekter gemeinsam mit dem Leiter des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung Peter Gridling den neuen Verfassungsschutzbericht 2010 vor. Sie plauderten ein wenig über die Zunahme linksextremer Delikte, die Teilnahme von etwa 20 ÖsterreicherInnen an ausländischen Terrorcamps und den Rückgang von Strafrechtshandlungen von militanten Tierrechtsgruppen auf ganze drei Fälle.

Alles in allem wurde festgestellt, dass keine größere Bedrohungen der Sicherheit Österreichs bestehe. Damit das so bleibt, verwies Fekter stolz auf das im April im Ministerrat durchgewinkte Terrorismuspräventionsgesetz: „Radikalisierung und Extremismus haben keinen Platz in unserem Land. Daher ist das Terrorismuspräventionsgesetz ein unverzichtbarer Baustein für die Grundwerte unseres Rechtsstaates.“

Was zur Vollendung dieses Terrorismuspräventionsgesetzes noch fehlt, sind die Paragraphen 278e (Ausbildung für terroristische Zwecke), 278f (Anleitung zur Begehung einer terroristischen Straftat) und 282a (Aufforderung zu terroristischen Straftaten und Gutheißung terroristischer Straftaten), über die in einem Justizausschuss im November wohl noch heftig debattiert werden wird.

Schon im Jänner hagelte es Kritik aus der Zivilgesellschaft, nicht nur in Bezug auf die oben genannten Paragraphen, sondern auch hinsichtlich der Paragraphen 278a (Bildung einer kriminellen Organisation), 278b (Bildung einer terroristischen Vereinigung), 278c (Terroristische Straftaten), 278d (Terrorfinanzierung), die bereits in Kraft getreten sind.

Die Mehrheit jener, die sich in den Stellungnahmen auf der Parlamentsseite äußerten, forderte eine komplette Abschaffung der Entwürfe. Das Gesetz sei „absurd“, bestenfalls in der „Müllverbrennungsanlage“ aufgehoben, hier würde man unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung BürgerInnenrechte, ja sogar Meinungs- und Pressefreiheit untergraben. Sämtliche JuristInnen sprechen von zu unpräzisen Formu-

lierungen und einer völlig überzogenen Erweiterung des Strafrechts.

Auffallend war der Verweis der PolitikerInnen, internationale Abkommen einhalten zu müssen. Seit 9/11 hat sich in der westlichen Welt ein regelrechter Sicherheitswahn entwickelt. Rahmenbeschlüsse wie der europäische Haftbefehl, die davor jahrelang auf Eis gelegt waren, wurden in nur wenigen Monaten durchgepeitscht. Plötzlich waren polizeiliche und justizielle Sonderbefugnisse – Stichwort Überwachung und Lauschangriff – zum Wohle der „braven BürgerInnen“ besser argumentierbar. Nach und nach verschoben sich die Verdachtslogik der Nachrichtendienste und die Beweislogik der Justiz.

**Online Durchsuchungen.** Sämtliche Antiterrorgesetze und Rahmenbeschlüsse zur Prävention von Terrorismus zeichneten den Weg vor, dass bereits der bloße Verdacht der Begehung einer terroristischen Tat genügt, um eine Person strafrechtlich zu verurteilen. „Österreichs Kampf gegen den Terrorismus ist im internationalen Vergleich noch recht zögerlich. Onlinedurchsuchungen, die in Deutschland bereits angewendet werden, sind bei uns noch nicht genehmigt. Auch ist es im Moment unvorstellbar, Personen, die als TerroristInnen verdächtigt werden, zu inhaftieren - wie es in Großbritannien der Fall ist“, sagt Ingeborg Zerbos vom Institut für Strafrecht und Kriminologie der Universität Wien.

Kann man nun aufatmen, weil Österreich nicht die Speerspitze der Terrorismusgesetzgebung ist? Nein – sind sich unter anderen der *Österreichische Rechtsanwaltskammertag*, das *Lud-*





wig Boltzmann Institut für Menschenrechte oder Amnesty International (Österreich) einig. Der Hund liegt nämlich im Detail begraben: In der Formulierung der Gesetze, die äußerst unpräzise und weit gefasst ist.

Hier ein kleiner Auszug:

§ 282a. (1) Wer in einem Druckwerk, im Rundfunk oder in einem anderen Medium oder sonst öffentlich auf eine Weise, dass es vielen Menschen zugänglich wird [...].

(2) Ebenso ist zu bestrafen, wer auf die im Abs. 1 bezeichnete Weise eine terroristische Straftat (§ 278c Abs. 1 Z 1 bis 9 oder 10) in einer Art gutheißt, die geeignet ist, das allgemeine Rechtsempfinden zu empören oder zur Begehung einer solchen Handlung aufzureizen.

Allein dieser Gesetzestext wirft dutzende Fragen auf: Ist es strafbar, wenn man die Vorgehensweise der Attentäter auf das World Trade Center detailliert in einem stark frequentierten Blog zu beschreiben? Was geschieht, wenn das Stauffenberg-Attentat gutgeheißen wird? Wie weit darf gegangen werden, um das Rechtsempfinden zu empören? Gerhard Benn-Ibler vom *Österreichischen Rechtsanwaltskammertag* äußert sich dazu mit den Worten: „Diese Straftaten zu potentiell terroristischen zu machen, verlässt endgültig den Bereich des Vertretbaren.“

**Unibrennt-Bewegung.** Je nach Auslegung könnte auch die jüngste *Audimax*-Besetzung Elemente

einer terroristischen Straftat erfüllen. Konkret heißt es im Paragraph 273c, dass folgendes unter eine terroristische Straftat fällt: Wenn die Tat dazu geeignet ist, „eine schwere oder längere Zeit anhaltende Störung des öffentlichen Lebens [...] herbeizuführen“. Nun ist die *Unibrennt*-Bewegung logischerweise darauf ausgerichtet, durch eine langhaltende Besetzung das öffentliche Leben zu stören, um die Behörden zum Handeln zu zwingen.

Das wohl aktuellste Beispiel dafür, wie das neue Terrorismuspräventionsgesetz missbraucht werden könnte, ist die mögliche Anklage nach Paragraph 278b (Bildung einer terroristischen Vereinigung) der vier Wiener Studierenden, die in der Nacht von 26. auf 27. Juni zwei Mistkübel vor der Filiale des Arbeitsmarktservice in der Wiener Redergasse im fünften Bezirk angezündet haben sollen. Im Moment wird wegen verbrecherischem Komplott, Brandstiftung und Sachbeschädigung gegen sie ermittelt und geprüft, ob der Paragraph 278b auf sie anwendbar ist.

Würden die vier, die auch an der *Unibrennt*-Bewegung mitwirkten, nach dem Paragraph 278b angeklagt werden, so könnte auch die studentische Protestbewegung ins Visier der Behörden geraten.

Es scheint nicht gut zu stehen um die politische Kultur in diesem Land. Anstatt die Zivilgesellschaft zu schützen, werden ihre Freiheiten beschnitten. Anstatt sie zum Reden und Handeln zu ermuntern, wird Angst geschürt. Angst vor dem Staat zu haben ist fatal für eine Demokratie. ◀

*Die Autorin studierte Journalismus und studiert Zeitgeschichte in Wien.*



## Das Kreuz mit den Formulierungen

Ingeborg Zerbes forscht am Institut für Strafrecht und Kriminologie unter anderem über österreichisches und europäisches Strafrecht. Mit PROGRESS sprach sie über das Terrorismuspräventionsgesetz, die Unwissenheit der Gesetzes-Schreiberlinge und die Absurdität des TierschützerInnenprozesses.

**PROGRESS:** Frau Zerbes, haben Sie Angst vor Terrorismus?

**INGEBORG ZERBES:** Nein, nicht vor einem konkreten Anschlag in Österreich. Natürlich ist mir bewusst, dass es weltweit ein Problem ist.

*Im österreichischen Strafgesetzbuch ist der Begriff Terrorismus nicht definiert. Es wird lediglich ein Typ von Straftaten beschrieben, die unter Terrorismus fallen. Warum ist das so?*

Terrorismus ist schwer fassbar. In einem frühen UN-Übereinkommen wird Terrorismus so beschrieben, dass es dabei nicht darum geht, gezielt einer Person Schaden zuzufügen, sondern es sollen so viele Personen wie möglich getroffen werden. Das Ziel von Terrorismus ist es, in der Gesellschaft eine besonders nachhaltige Verunsicherung zu schaffen.

*Laut Verfassungsschutzbericht stellt der Terrorismus für Österreich keine größere Bedrohung dar. Dennoch fehlt man an einem Terrorismuspräventionsgesetz. Ist die Verhältnismäßigkeit für so ein Gesetz überhaupt gegeben?*

Verhältnismäßigkeit ist ein unglaublich dehnbarer Begriff. Wenn es letzten Endes um Leib und Leben geht, dann ist die Verhältnismäßigkeit auf dieser Ebene durchaus gegeben, aber in Hinblick auf die Effizienz und Notwendigkeit eines solchen Gesetzes möglicherweise nicht.

*Viele Formulierungen im Terrorismuspräventionsgesetz sind dermaßen unbestimmt, dass ein großer Interpretationsspielraum bleibt. Warum kann man das nicht klarer definieren?*

Es ist schwierig – auch für die Autoren von Gesetzestexten – mit Sprache umzugehen. Die Schwierigkeit wird umso größer, wenn bereits der Tatbestand eines Delikts nicht klar umrissen ist. Woraus soll sich ein Verdacht ergeben? Welche Handlungen machen denn verdächtig, wenn man in irgendeiner Vereinigung ein Mitglied ist? Bei dem Tatbestand, die sich gegen gefährliche Gruppen richten, weiß niemand, wann denn eigentlich ein Verdacht vorliegt und damit strafrechtliche Ermittlungen beginnen dürfen.

*Wie hoch sehen Sie die Chancen, dass das Terrorismuspräventionsgesetz überarbeitet wird? Beziehungsweise: Glauben Sie, dass die Paragraphen, die noch verhandelt werden, ganz verworfen werden?*

Ich denke, die Gesetze werden ohne wesentliche Veränderung durchgesetzt werden. Die Strafdrohung als solche ist nicht das Problem. Ich glaube nicht, dass viele Personen aus Österreich zu Ausbildungslagern fahren und deshalb verurteilt werden. Das Problem ist die Verdachtsrecherche. Bei so einem Gesetz kann es theoretisch passieren, dass Menschen mit muslimischen Wurzeln verdächtigt werden, zu einem Terrorcamp zu fahren, wenn sie ihre Angehörigen in arabischen Ländern besuchen.

*Woher kommt der Glaube, dass man mit solchen Gesetzen Terrorismus verhindern kann?*

Wenn man naiv ist, könnte man sagen, dass von jenen, die in einem Ausbildungslager waren und deshalb verhaftet worden sind, keine

Gefahr mehr ausgeht. Außerdem können Strafdrohungen eine abschreckende Wirkung haben – das ist schließlich der Sinn, eben solche einzuführen.

*Ich bezweifle, dass TerroristInnen sich von einer härteren Gesetzgebung abschrecken lassen.*

Ich kann mir das auch nicht vorstellen. Im Gegenteil! Ich denke, dass die Wut auf die staatliche Autorität nur noch größer wird. Die Gruppe, vor der man am meisten Angst hat, sind Muslime. Vorbehalte gegen diese Menschen und Strafgesetze, die auf diese Menschen zugeschnitten sind, verursachen noch tiefere Gräben. Ein Kopftuchverbot beispielsweise – das ist jetzt zwar kein Straftatbestand – geht letzten Endes in die gleiche Richtung.

*Der §278 wurde nicht nur in Bezug auf das Terrorismuspräventionsgesetz heiß diskutiert, sondern vor allem in Bezug auf den §278a. Er war der Auslöser für den größten TierschützerInnenprozess, der je in der Zweiten Republik stattgefunden hat. Sind die TierschützerInnen eine kriminelle Organisation?*

Nein. Nur weil die Tierschützer Wertkartenhandys und einen EDV-Spezialisten haben, sind sie noch lange nicht unternehmensähnlich organisiert. Ein Unternehmen hat eine glasklare Weisungshierarchie. Dort kann man sich nicht aussuchen, bei welcher Aktion man teilnimmt oder nicht. Die Tierschützer können das.

*Wann hätten Sie den Prozess beendet? Schon nach der Anklageschrift. Ich hätte die meisten Beweise gar*

nicht aufgenommen. Wenn es sich um konkrete Delikte handelt, die die Angeklagten begangen haben, dann müssen sie dafür bestraft werden und nicht wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation. Mir kommt es so vor, als würde sich die Richterin verpflichtet dazu fühlen, nachträglich all diese Ermittlungsmaßnahmen zu rechtfertigen. Es wurden Beweisaufnahmen bei Dingen geführt, die mit der Sache gar nichts zu tun haben.

*Glauben Sie, dass der Prozess mit einem Freispruch endet?*

Ich hoffe es.

*In der Diskussion rund um den § 278a fordern nun viele, dass man den Paragraphen mit der Bereicherungsabsicht einer kriminelle Organisation einschränkt. Mit diesem Zusatz wäre eine Überwachung der TierschützerInnen nicht möglich gewesen. Warum wird das nicht geändert?*

Es ist im Moment ein Gesetzesvorhaben in Arbeit. Man muss sich jedoch bewusst sein, dass so eine Veränderung auch verhindern würde, dass zum Beispiel eine rechtsradikale Organisation über den Paragraph 278a bekämpft werden kann. Wenn Rechtsradikale sich organisieren, etwa um Kebap-Stände zu zerstören oder Ausländer zu nötigen, dann können sie auch nur mehr wegen des konkreten Straftatbestandes zur Verantwortung gezogen werden und nicht bereits wegen ihres Zusammenschlusses.

*Das Interview führte Marion Bacher.*





## Auf einen heißen Sommer folgt ein heißer Herbst

Kommentar der ÖH-Bundesvertretung

Die österreichischen Hochschulen stehen kurz vor dem Kollaps, die Situation hat sich in den letzten Monaten noch einmal verschärft. Wissenschaftsministerin Karl zeigt keine Motivation gegen Parteifreund und Finanzminister Pröll antreten zu wollen und mehr Mittel aus dem Bundesbudget zu erstreiten. Im Gegenteil: Karl richtet ihre Energie gegen uns Studierende mit der erneuten Forderung nach Studiengebühren und droht den Universitäten mit Schließungen und Personalabbau. Wenn Karl nicht bald beginnt ihr Amt auszufüllen und sich in den Budgetverhandlungen durchsetzt, ist das Schlimmste zu erwarten. Seit dem letzten Jahr hat sich also nichts zum Besseren gewendet. In einer ersten Aktion im September, hat die ÖH-Bundesvertretung gemeinsam mit der *unibrennt*-Bewegung im Rahmen der Kundgebung *machen-wir-uns-stark* ein erstes Zeichen gesetzt – schon vor dem Semesterbeginn gingen Stu-

dierende auf die Straße und forderten lautstark einen radikalen Kurswechsel in der Bildungspolitik. Die Bundesregierung kann sich auf einen heißen Herbst einstellen. Im Rahmen der geplanten Budgetkürzungen drohen auch Einsparungen im Sozialbereich. Gerade im Bezug auf die mangelnde soziale Absicherung von Studierenden, wie auch die Ergebnisse der aktuellen Studierendensozialerhebung aufs Neue zeigen, wären Kürzungen fatal. Von ÖH-Seite versuchen wir Dich so gut wie möglich zu unterstützen, hier gibt es zwei Neuigkeiten: Sehr viele Studis sind von Studienzeitverzögerungen betroffen, weil die Unis es nicht schaffen ausreichend Lehrveranstaltungen anzubieten. Falls das auch Dich betrifft, findest du genauere Infos zur Klagemöglichkeit auf Seite 11. Ein weiterer Service-Ausbau betrifft Deine Versicherung: Als ÖH-Mitglied bist Du im Rahmen Deines Studiums automatisch haftpflicht- und unfallversichert. Wir haben einen neuen Vertrag mit der Allianz abgeschlossen und die bisherigen Leistungen noch weiter ausgebaut. Mehr dazu auf [www.oeh.ac.at/versicherung](http://www.oeh.ac.at/versicherung). Ob Ministerin Karl und ihr Kollege Pröll endlich zur Vernunft kommen, wird sich zeigen, wir Studierende werden uns auf alle Fälle keine weiteren Verschlechterungen gefallen lassen. Wir wünschen Dir trotz dieser zugegebenermaßen etwas düsteren Aussichten einen guten Start ins neue Semester.



Sigrid Maurer, Thomas Wallerberger, Mirijam Müller

### KURZMELDUNGEN

#### ÖH-Arbeitsbereiche

Speziell für StudienanfängerInnen, die ab dem kommenden Wintersemester an einer österreichischen Universität studieren und anfangs noch ein wenig ratlos sind: Die MitarbeiterInnen der ÖH-Bundesvertretung unterstützen Euch tatkräftig bei auftretenden Fragen und Problemen. Dabei teilen sie sich auf verschiedenste Referate mit unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten auf. Vom Vorsitzteam bis zur MaturantInnenberatung arbeiten alle für Eure Interessen als Studierende. Alle Referate und eine genaue Beschreibung der jeweiligen Tätigkeitsfelder findest Du auf der ÖH-Homepage.

Nähere Infos: [oeh.ac.at](http://oeh.ac.at)

#### Rückerstattung

Studierende, die mindestens zwei Studienrichtungen belegen und in all ihren Studienrichtungen im betreffenden Semester einen Leistungsnachweis von mindestens 15 ECTS-Punkten (8 Semesterwochenstunden für Doktoratsstudien) erbracht haben, können beim Wissenschaftsministerium einen Antrag auf Refundierung der Studiengebühren stellen. Für den Leistungsnachweis zählen keine angerechneten Lehrveranstaltungen im Sinne des § 78 Universitätsgesetz 2002. Die Anträge für das Wintersemester sind bis 30. April, jene für das Sommersemester bis 30. November zu stellen.

Nähere Infos: [bmwf.gv.at](http://bmwf.gv.at)

#### Gratis Produkte

Das Frauenreferat der ÖH-Bundesvertretung hat neue Taschen produziert. Damit ist Feminismus jederzeit und überall tragbar. Bestellen könnt Ihr die trendigen Taschen, indem Ihr ein E-Mail mit Namen und Adresse an [frauenreferat@oeh.ac.at](mailto:frauenreferat@oeh.ac.at) schreibt. Daraufhin bekommt Ihr dann kostenlos Eure Tasche zugestellt. Solange der Vorrat reicht! Passend zum Semesterstart gibt es außerdem auch wieder den praktischen ÖH-Taschenkalender 2010/2011, der mittlerweile von vielen Studierenden genutzt wird. Dieser ist ebenfalls kostenlos und auf der Homepage der ÖH zu bestellen.

Nähere Infos: [oeh.ac.at/de/blog](http://oeh.ac.at/de/blog)

# Sinn und Unsinn von Praktika

**Der offizielle Sinn eines Praktikums während der Studienzeit ist relativ naheliegend: Berufserfahrungen zu sammeln. Doch wird dieses Ziel auch wirklich erreicht und vor allem: Ist dieses Ziel genug, um den oft steinigen Weg zu rechtfertigen? - Ein Kommentar.**

SARAH MOHRS

Viele PraktikantInnen werden als billige Arbeitskräfte missbraucht und nur allzu oft lernen sie dabei nicht einmal sonderlich viel über den eigentlichen Job, sondern bekommen Aufgaben zugeteilt, die sonst niemand machen möchte. Gerade im sozialen Bereich dürfen sie nicht einmal mit einer Entlohnung für ihre Dienste rechnen, und wenn, dann ist es meist eher angebracht, diese kleine Summe als Entschädigung zu bezeichnen denn als tatsächlichen Lohn. Aber auch hier bestätigen natürlich Ausnahmen die Regel: Einige wenige glückliche PraktikantInnen können gleich mit dem Einstiegsgehalt von regulären MitarbeiterInnen in einem Betrieb anfangen. Da dies aber eben leider nur die Ausnahme ist, stellt sich die Frage: Warum sollte ich tun, was von mir verlangt wird, wenn ich dies absolut nicht will und ich noch nicht einmal dafür entlohnt werde? In einigen Studienrichtungen sind Praktika ja verpflichtend. Gerade

hier und wiederum gerade im Sozialbereich ist die Wahrscheinlichkeit, dafür bezahlt zu werden, sehr gering. Dafür ist allerdings ein anderer Ansporn gegeben: Du wirst für das, was du tust, bewertet und diese Bewertung fließt in den Studienerfolg ein. Wenn ich jedoch aus eigenem Antrieb ein Praktikum mache und mir dieses dann nicht zusagt, ich das Gefühl habe, bloß ausgebeutet zu werden – was hält mich davon ab, alles sofort wieder hinzuschmeißen, wenn ich dafür weder sinnbringende Erfahrung, noch verwendbare Kontakte, noch Geld bekomme? Ich würde sagen, nichts. Also, fades Praktikum ade, ich wende mich lieber einem anderen zu, das mir Spaß macht. Und vielleicht gibt's als i-Tüpfelchen sogar noch ein bisschen Bares oben drauf. Studierende haben's ja schließlich nicht unbedingt so dick.

**Der richtige Zeitpunkt.** Ob es überhaupt notwendig ist, während des Studiums Berufserfahrung zu sammeln, ist eine andere Frage. Eigentlich sollte ein Studium an sich schon

genug Vorbereitung auf das Berufsleben bieten, vor allem die Bachelorstudiengänge, die sich ja genau damit so sehr zu rühmen versuchen. Ich halte es allerdings sehr wohl für sinnvoll, sich das wirkliche Leben außerhalb der Uni oder FH einmal anzusehen, bevor sie eineN sozusagen ins kalte Wasser schmeißen. Klug wäre es wahrscheinlich auch, dies nach einer nicht allzu hohen Semesteranzahl zu tun. Wenig ist zermürender als mit einem Studienabschluss in der Tasche in einem Beruf zu landen, von dem du dann herausfinden musst, dass er nicht das Richtige für dich ist. Außerdem kann es natürlich auch bereits während der Ausbildung nicht schaden, sich gewisse Bänder zu knüpfen.

**Kontakte knüpfen.** Im Zuge eines Berufspraktikums erschließt sich die Möglichkeit, nicht nur einen Arbeitsbereich und die wirkliche Arbeitswelt kennen zu lernen, sondern auch gleich einige Pfade auszutreten, deren Betreten nach dem Studium dadurch erleichtert wird. Und wenn du nach dem Studien-

abschluss schon weißt, welches Arbeitsklima und welche KollegInnen dich im Beruf erwarten, dann ist die wirkliche Welt doch gleich um einiges weniger anonym und beängstigend. Selbst wenn ich in einem Praktikum herausfinden sollte, dass ich diese Arbeitsstelle sicher nie wieder betreten möchte, so bin ich zumindest um diese Erfahrung reicher geworden und weiß, wo ich mich später nicht mehr bewerben muss. Auch die umgekehrte Variante des Kontakte-Knüpfens ist sicherlich nützlich: In einem Betrieb, in dem ich schon gearbeitet habe, muss ich nicht mehr lange getestet und eingeschult werden, sondern ich kann direkt dort eingesetzt werden, wo ich gut bin. Dies ist sowohl ein Argument für den Betrieb, mich zu nehmen, da die dortigen MitarbeiterInnen sich dadurch natürlich Arbeit sparen und auch für mich selbst vorteilhaft, weil ich schon weiß, was ich hier machen kann und möchte. ◀

*Die Autorin studierte Soziologie an der Uni Wien.*

## Praktika - Geeignete Vorbereitung auf das Berufsleben?!

Bei der Frage, ob ein Praktikum während des Studiums sinnvoll ist, scheiden sich die Geister. Das Argument des Sammelns praktischer Erfahrungen steht dabei oftmals der Gefahr, ausgenutzt zu werden, gegenüber. Das PROGRESS befragte Studierende zu diesem Thema.



Lucia, Uni Wien, Kultur- und Sozialanthropologie

In der Realität sind Praktika oftmals vollkommen sinnlos – Kopieren, Kaffee holen und sonstige stumpfsinnige Arbeiten stehen an der Tagesordnung und das meist noch ohne oder mit nur sehr schlechter Bezahlung.



Thomas, FH Hagenberg, Mobile Computing

Praktika bieten gerade im technischen Bereich ein gutes Instrument für den Berufseinstieg. Oft werden hier interessante Projekte mit Firmen durchgeführt, bei welchen das im Studium erworbene Wissen in die Praxis umgesetzt werden kann.



Mirjam Mohrs, FH Joanneum Hebammen

Um ein gutes Praktikum erleben zu können sollten Studierende auf keinen Fall nur als billige Arbeitskräfte verstanden und ausgenutzt werden. Dies ist jedoch leider sehr oft so.



Zugangsbeschränkungen behindern das selbstbestimmte Studieren.



Foto: Hamann

# Allheilmittel

**Bildungspolitik wird derzeit in Österreich so heiß diskutiert wie schon lange nicht, allerdings mangelt es in der Diskussion an neuen Ideen. Schon werden die „Allheilmittel“ Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen aus der Schublade gezogen. Während Wissenschaftsministerin Karl agiert wie ein hilfloser Käfer, der am Rücken liegt, dreht sich die Diskussion um die Zukunft der Hochschulen weiter im Kreis.**

MIRIJAM MÜLLER

**D**ie Wissenschaftsministerin möchte auf den Hochschulen die besten Köpfe Österreichs versammeln, die Drop Out Rate senken und mehr Studierende für die so genannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) begeistern. Das alles will sie durch Zugangsbeschränkungen erreichen und findet bei RektorInnen, Industriellenvereinigung und in der ÖVP großen Zuspruch. Als Standardbeispiel für den Erfolg von Zugangsbeschränkungen wird gerne auf das Medizinstudium mit der Einführung des EMS-Tests verwiesen. Dass jedoch seit 2006, als der Test zum ersten Mal durchgeführt wurde, die soziale Durchmischung an den medizinischen Universitäten Wien und Innsbruck stark gesunken ist, Frauen benachteiligt und so weniger oft zum Studium zugelassen werden und nebenbei die Nachhilfeindustrie für Hochschulprüfungen boomt, wird verschwiegen. Wie es auch gedreht wird sind auch heuer wieder nur 45 Prozent der StudienanfängerInnen in Medizin Frauen. Obwohl mehr Frauen als Männer zu diesem Test antreten. Auch der Versuch über die zusätzliche Testung von sozialen Kompetenzen in Graz änderte an der Benachteiligung von Bewerberinnen nichts.

**Das Zauberwort heißt MINT.** Publizistik als so genanntes Massenstudium wurde mit einer Aufnahmeprüfung versehen, die so abschreckend wirkte, dass sich in Wien weniger Studierende angemeldet haben, als Plätze zur Verfügung stünden. Auch dieses Faktum wird vom Wissenschaftsministerium gern als Zeichen ge-

sehen, dass sie sich auf richtigen Pfaden bewegen. Es bleibt abzuwarten wohin die Studierendenströme ausweichen, denn dass es zu Verdrängungseffekten kommen wird, war bereits bei Psychologie zu beobachten. So wird das nächste Fach zum Massenfach, dann wohl auch beschränkt, so dass die Studierenden wieder ausweichen, fertig ist der Teufelskreis. Fakt ist, dass das Modell Planwirtschaft im 10-Jahres Takt auf den Hochschulsektor nicht anwendbar ist. Wenn Gehrler vor zehn Jahren Panik verbreitet hat in Österreich gäbe es viel zu viele LehrerInnen und LehramtstudentInnen würden brotlos ohne Arbeit enden, so zeigt sich heute, dass derartige Eingriffe in Studienwahlentscheidungen kein gutes Ende nehmen. So droht uns in den nächsten Jahren dank Pensionierungswelle auch ein Mangel an zukünftigen ÄrztInnen, aber von einer Aufstockung der Plätze in Wien, Innsbruck und Graz oder dem Bau einer Meduni Linz, will im Ministerium niemand etwas wissen. Im Ministerium wird lieber fleißig Werbung für die unterbesetzten MINT-Fächer betrieben. Wer Publizistik oder Psychologie studieren möchte, lässt sich im Regelfall auch nicht durch tägliche Inserate in diversesten Printmedien von den Vorzügen eines MINT-Studiums überzeugen. Dass die Kapazitäten in Informatik in Wien längst ausgeschöpft sind, weil kein Geld für neue Infrastruktur und Lehrmittel da ist, scheint dabei egal zu sein. Karl will auf den Hochschulen die besten Köpfe versammeln. Die „besten Köpfe“ Österreichs werden aber kaum nützlich sein, wenn sie nicht das studieren können, was sie möchten, geschweige denn, dass, dank chronischer Unterfinanzierung, die derzeitigen

Studienbedingungen zu Hochleistungen anspornen.

**Fünf vor Zwölf.** Österreich braucht eine Gesamtstrategie im Bildungsbereich, scheitert aber am politischen Hick-Hack der verschiedenen Parteien. Bildung darf in ihren einzelnen Segmenten, angefangen beim Kindergarten, über den Pflichtschulbereich, bis hin zur höheren Bildung nicht weiter isoliert betrachtet werden. Es ist also auch nicht förderlich zwei Ministerien mit derselben Materie zu beschäftigen, denn nichts kann eine tiefgreifende Reform besser verhindern, als willkürlich zwischen zwei Parteien aufgeteilte Kompetenzen.

Die Uhr tickt, denn ab 2012 ist Peak Student erreicht, das heißt, dass ab diesem Zeitpunkt auf Grund sinkender MaturantInnenzahlen auch die StudienanfängerInnenzahlen sinken werden, und das in einem Land, das im Bezug auf StudienanfängerInnen, ohnehin schon 17 Prozent unter dem OECD-Schnitt liegt. Umso absurder ist es gerade jetzt die Studienfächer zu beschränken und so die Zahl der Studierenden weiter zu dezimieren. Doch der Kurs, der bei Gehrler begann, wird auch nach der Ära Hahn fortgeführt. Wenn die Politik weiterhin auf ein Allheilmittel im Bildungssektor wartet, wird sich an der Misere nichts ändern, mittlerweile gibt es einfach zu viele Baustellen. Wohin uns das alles führt wird sich zeigen, die Folgen dieser desaströsen Politik werden wohl auch noch die nächsten Generationen beschäftigen. Frei nach Kafka liegt der Käfer weiter auf seinem Rücken, seine vielen Beine flimmern ihm hilflos vor den Augen. ◀

*Die Autorin studiert Medizin in Wien.*



Foto: Schenk

Wer Erasmus in Rom macht, kommt um dieses Gebäude nicht drum rum.

## Die ewige Party

Nach Rom gehen und kein Italienisch sprechen ist ein Sprung ins kalte Wasser. Und ein Abenteuer mit Irrwegen.

ANNA SAWERTHAL

**K**aum war ich in Rom angekommen, in diesem verregneten Jänner, flatterten die E-Mails beinahe täglich in meinen Posteingang.

„Benvenuto, ti invitiamo al Cucagna Pub – il piu famoso Cocktail Bar!!! Cocktails per gli studenti Erasmus solo 3,50€, vieni vieni!“

Morgen wird es eine Einladung in die In-Disco Loft sein, übermorgen eine Einladung zum Picknick im Circo Massimo, Sackhüpfen inklusive - Wein und Bier wird vom Erasmus Student Network (ESN) gratis zur Verfügung gestellt. Demnächst steht auch die „Elegant Party“ im Alpheus an, und schon jetzt wird auf den zweitägigen Ausflug nach Sizilien aufmerksam gemacht.

Mangels Alternativen geht es heute Abend also in die Cucagna-Bar, malerisch gelegen in einer Seitengasse des „schönsten Platzes Europas“, dem Piazza Navona, mitten im centro storico von Rom. Die ewige Stadt platzt vor kulturellen Highlights, kleinen Plätzen, Kunstschätzen aus allen Epochen der Geschichte; an jeder Ecke gibt es etwas Neues zu entdecken. Rom ist ein spannendes Chaos, erfüllt mit

Autohupen, Vespagetröte und Handklingeltönen. Das kann mitunter auch stressig und verwirrend sein.

80 Prozent aller Erasmusstudierender halten sich das erste Mal für längere Zeit im Ausland auf, daher gibt es auch hier in Rom einen Ableger der Non-Profit-Organisation ESN, die versucht, den Neulingen den Einstieg leichter zu machen, indem sie Partys, Ausflüge und ähnliche Gelegenheiten zum interkulturellen Austausch organisiert. ESN bietet einen ersten Anker in einer neuen fremden Stadt. Man hat vielleicht noch kein Zimmer in Rom, aber nach nur einer Woche schon hunderte neue FreundInnen, die aus allen Ländern Europas kommen.

**Die Sprachbarriere.** Es sind die kleinen und großen Probleme des Auslandssemesters, die die Erasmus-Studierenden zusammenschweißen. Wie finde ich ein günstiges Zimmer, wie finde ich mich auf der fremden Uni zurecht? Und über allem steht die Sprachbarriere. Während der durchschnittliche Erasmus-Studierende gut Englisch spricht, ist das unter den heimischen italienischen Studierenden nicht so sicher. In der Cucagna scheinen alle recht froh darüber zu sein, dass alle mit den gleichen Problemen kämpfen. Und

so stößt man gerne gemeinsam darauf an.

Anschluss finden kann man hier nur zu anderen Erasmus-StudentInnen, denn die genießen bei fast allen ESN-Veranstaltungen ermäßigten oder gar freien Eintritt, während ItalienerInnen immer den (teils sehr hohen) Normalpreis zahlen müssen. Wie man Kontakt zum italienischen Alltag herstellt, bleibt einem selbst überlassen. Die Möglichkeiten stehen und fallen mit den eigenen Italienisch-Kenntnissen.

**Grenzüberschreitende Freundschaften.** Eines Abends redet ein dänischer Politikwissenschaftstudent im Dandy-Look gerade vor dem Lokal auf einige ItalienerInnen ein. „Franco Fini is right! You have to beware of the immigrants!“ Manche der ZuhörerInnen wenden sich ab, bei einigen erwacht nun das Interesse. „Do you really want them to overtake Italia?! In the future you will loose your language, non c’e Italia, solo Islamistan!“ Große Zustimmung von Seiten der ItalienerInnen. Sie prosteten sich zu und legen die Arme gegenseitig um ihre Schultern. Der Beginn einer grenzüberschreitenden Freundschaft?

**Nicht alles ist billig.** „Erasmus ist die längste Party meines Lebens“,

bringt es eine deutsche Studentin eines Abends auf den Punkt. Leider ist sie nicht die billigste. Während ErasmusstudentInnen in Rom sehr viele Vergünstigungen genießen, ist das Konzept „Erasmus“ trotzdem noch lange nicht sozial ausge-reift. Bei einer durchschnittlichen Monatsmiete von 400-500 Euro pro Zimmer in Rom machen die 280 Euro monatlichen Zuschuss noch lange keine Überlebensbasis aus.

Vier Monate und drei Italienisch-Intensivkurse später sitze ich am Piazza von San Lorenzo, dem StudentInnen-Viertel von Rom. Im Sommer treffen sich hier abends täglich hunderte Studierende und lassen bei selbst mitgebrachtem Bier und Wein die Abende ausklingen. ESN ist nicht hier.

Die ESN-MitarbeiterInnen sind selber alle ErasmusabsolventInnen. Das erklärte Ziel von ESN ist, so wird mir gesagt, „holding on to the Erasmus-Spirit.“ Und was ist dieser „Erasmus-Spirit“? Ein junger Italiener meint, dass ich das wissen werde, wenn ich wieder zuhause bin. Nach einer kurzen Pause ruft ein anderer lachend herüber: „Alcohol.“, und sofort ein weiterer: „To get in touch with French and Italian boys!“ ◀

Die Autorin studiert Journalismus und Tibetologie in Wien.



# Studienzeitverzögerung

**Unverschuldete Verzögerungen im Studium stehen für sehr viele StudentInnen an der Tagesordnung. Ein Musterprozess der ÖH hat nun einen Entscheid hervorgebracht der bestätigt, dass das nicht passieren darf – wir rufen zur Massenklage auf.**

SIGRID MAURER UND THOMAS WALLERBERGER

Wer kennt es nicht – das Zittern zu Semesterbeginn, das sekundengenaue Einloggen in Online-Systeme beim Start der Lehrveranstaltungsanmeldung in der Hoffnung, zumindest ein paar der fehlenden Seminare zu ergattern. Doch wir haben oft Pech – und wieder heißt es ein Semester warten bis zur nächsten Chance. Der Mangel an Lehrveranstaltungsplätzen und die verschulte Struktur unserer Curricula verunmöglichen es uns oft, in der vorgesehenen Zeit zu studieren. Eigentlich haben wir aber ein Recht auf ein Studium in Mindestzeit. §54 Abs 8 des Universitätsgesetzes sieht vor, dass Studierenden keine Studienzeitverzögerung erwachsen darf und die Uni entsprechend viele Parallellehrveranstaltungen zu organisieren hat. Da sie das oft nicht tut, hat die ÖH-Bundesvertretung einen entsprechenden Fall eingeklagt. Dabei musste ein Medizinstudent der MedUni Graz lange Wartezeiten in Kauf nehmen, weil er trotz Erfüllung der Anmeldevoraussetzungen keinen Lehrveranstaltungsplatz erhalten hatte. Er klagte auf Schadensersatz, verlor in erster und zweiter Instanz – doch der Oberste Gerichtshof traf nun einen anderen Beschluss: Was im Gesetz steht, stimmt, Studierende dürfen keine Studienzeitverzögerungen erleiden – auch wenn es sich nur um ein paar Wochen handelt. Deshalb kann der Grazer Student nun seinen Anspruch auf Schadensersatz geltend machen. Die einzige Einschränkung, die der OGH trifft, sind „massive wirtschaftliche Gründe“ die es der Uni verunmöglichen genügend Lehrveranstaltungen anzubieten – ein Umstand, der bei einzelnen Lehrveranstaltungen in den seltensten Fällen argumentierbar sein wird. Die Universitäten sind also dazu verpflichtet, das entsprechende Lehrangebot zur Verfügung zu stellen. Die Frage ist allerdings wie sie das anstellen sollen.

**Schwarze Chaospolitik.** Die österreichischen Hochschulen sind seit Jahrzehnten chronisch unterfinanziert und weder das Finanzministerium noch das Wissenschaftsministerium tun etwas dagegen. Der Wissenschaftsministerin Karl fällt es wohl schwer gegen ihren Parteifreund Josef Pröll anzutreten und mehr Geld aus dem Bundesbudget zu fordern. Ganz im Gegenteil. Anstatt das Hoch-

INFO

## Du bist von Studienzeitverzögerung betroffen?

Damit Dein Fall in Frage kommt, müssen folgende Kriterien erfüllt sein:

1. Das Curriculum muss eine Lehrveranstaltung mit beschränkter TeilnehmerInnenzahl vorsehen (meist Veranstaltungen mit immanentem Prüfungscharakter wie Seminare).
2. Du hast trotz Erfüllung der formellen Teilnahmevoraussetzungen vor Ende der Anmeldefrist keinen Platz in dieser Lehrveranstaltung erhalten.
3. Dir entsteht dadurch eine Studienzeitverzögerung, welche auch nicht durch Umschichtungen wie zum Beispiel durch Vorziehen anderer Lehrveranstaltungen aufgeholt werden kann.
4. Es wurden keine Parallellehrveranstaltungen angeboten, die eine Studienzeitverzögerung verhindern hätte können.
5. Durch die Verlängerung des Studiums drohen Dir materielle Schäden wie zum Beispiel Verdienstentgang bei späterem Berufseintritt, Verlust von Beihilfen, Kosten des Studiums (Studiengebühren), ...

Unter [www.oeh.ac.at/klage](http://www.oeh.ac.at/klage) findest du ein Formular in das Du Deine Daten eintragen kannst. Wir prüfen dann Deinen Fall und melden uns bei Dir sobald wir wissen ob in Deinem Fall eine Klage möglich ist oder nicht.

schulbudget wie versprochen bis 2020 auf zwei Prozent zu erhöhen, müssen die Universitäten von 2011 bis 2014 weitere 322 Millionen Euro einsparen. Diese Einsparungen bedeuten womöglich den Kollaps für unsere Unis. Die Studierenden haben zwar das Recht auf ein zügiges Fortkommen im Studium, die Universitäten allerdings nicht das Geld, genügend Lehrveranstaltungen anzubieten. Die verlorenen Beihilfen, Stipendien, Verdienstentgänge usw., die nun zu Recht von Studierenden eingeklagt werden, hätten besser gleich in die Universitäten investiert werden sollen.

**Bologna und STOP.** Studienzeitverzögerungen haben in den letzten Jahren, seit der Umstellung der Curricula auf die Bologna-Struktur, stark zugenommen. In der völlig fehlgeleiteten österreichischen Umsetzung haben die Curricula-Kommissionen die Studienpläne sehr stark verschult und viele Voraussetzungsketten eingebaut: Bevor Lehrveranstaltung x nicht absolviert wurde, darf die Lehrveranstaltung y nicht besucht werden. Dass das Universitätsgesetz 2002 vorsieht, dass solche Sequenzierungen nur dann erlaubt sind, wenn sie inhaltlich zwingend notwendig sind wurde meist ignoriert. Und so kommt es, dass zum Beispiel zuerst das Fach Statistik gemacht werden muss, bevor die Einführung in die österreichische Politik belegt werden darf. Der Hintergrund dazu ist, dass die Grundhaltung gegenüber Studierenden sehr negativ ist und ProfessorInnen der Meinung sind, sie müssten den Studierenden genau vorgeben in welcher Reihenfolge sie studieren sollen. Dass Studierende selbstbestimmt entscheiden können, welche Lehrveranstaltung sie sich wann zumuten wird ihnen abgesprochen. Deshalb wurden auch freie Wahlfächer gestrichen und Studienpläne gleichen eher Stundenplänen. Inflexible Studien und die entsprechenden Verzögerungen sind die Folge.

Doch wenn es nach Ministerin Karl geht, soll es noch schlimmer kommen: Sie will die Studieneingangsphasen noch strenger gestalten und sie zur Selektion nutzen. Die STEP, STEOP oder (wohl am treffendsten) STOP soll verschärft, keine Lehrveranstaltungen mehr vorgezogen werden dürfen. Das bedeutet noch mehr Studienzeitverzögerungen – und noch mehr Klagen. ▶

Sigrid Maurer studiert Politikwissenschaft in Innsbruck.  
Thomas Wallerberger studiert Soziale Arbeit und Politikwissenschaft in Wien.

# Service, das hilft!



## Nicht vergessen!

**E**in neues Semester beginnt, und wie immer gibt es eine Unzahl an Terminen und Stichtagen zu beachten. Die zwei aus unserer Sicht wichtigsten seien Dir hiermit ans Herz gelegt:

Bis 15. Oktober läuft die allgemeine Zulassungsfrist im Wintersemester 2010/11; bis 30. November die Nachfrist. Innerhalb dieses Zeitraums musst du jedenfalls Deinen ÖH-Beitrag, aber wenn nötig auch Deine Studiengebühren einbezahlt haben, um weiterhin inskribiert zu bleiben. In der gleichen Frist kannst Du auch den Antrag auf Erlass der Studiengebühren stellen.

Am 15. Dezember endet die Einreichfrist für die Anträge auf Studienbeihilfe. Wir empfehlen allen (!) StudentInnen, diesen Antrag zu stellen; es kostet nichts, und im schlimmsten Fall ist der Bescheid negativ. Das Antragsformular findest Du unter [www.stipendium.at](http://www.stipendium.at).

Ausführliche Beratung zu Studienbeihilfe und Studiengebühren erhältst Du in den Sozialreferaten Deiner Universitätsvertretung beziehungsweise in der ÖH-Bundesvertretung.

tac

## Sozialreferat - Facts

**M**it Beginn des Wintersemesters hat das Sozialreferat der ÖH-Bundesvertretung neue Öffnungszeiten: Dienstags stehen wir Dir von 10-13 Uhr, am Mittwoch von 16-19 Uhr und am Donnerstag von 14-16 Uhr für persönliche und telefonische Beratung (ohne Voranmeldung) zur Verfügung.

Für spezielle Fragen zum Wohn- und Mietrecht steht Dir dienstags von 9-12 Uhr und donnerstags von 13-16 Uhr unsere spezielle Mietrechtsberatung zur Verfügung.

Der ÖH-Sozialfonds, ebenso ein Teilbereich des Sozialreferats, unterstützt Studierende in finanziellen Notlagen; auch diesbezüg-

lich gibt es eine eigene Beratung, nämlich Dienstag und Donnerstag von 10-12 Uhr.

Abseits davon sind wir stets per Mail erreichbar, auch auf unserer Homepage [www.oeh.ac.at](http://www.oeh.ac.at) und in unseren Broschüren findest Du so manch nützliche Information.

tac

### Kontakt:

Sozialberatung: [sozial@oeh.ac.at](mailto:sozial@oeh.ac.at) bzw. 01/3108880-43

Wohnrechtsberatung: [wohnrecht@oeh.ac.at](mailto:wohnrecht@oeh.ac.at) bzw. 01/3108880-41

Sozialfonds: [sozialfonds@oeh.ac.at](mailto:sozialfonds@oeh.ac.at) bzw. 01/3108880-22

## Atmosphärenwissenschaften

**D**as Studium der Atmosphärenwissenschaften (früher: Meteorologie & Geophysik) wird häufig auf die Wettervorhersage reduziert. Es umfasst jedoch noch viel mehr, denn Vorhersagen erstellen ist lediglich ein Teilgebiet, welches freilich mit den Vorlesungen in der synoptischen Meteorologie einen hohen Stellenwert in Innsbruck besitzt. Daneben bestehen die Atmosphärenwissenschaften aber auch aus weiteren wichtigen Teilgebieten wie die Klimatologie (Gesetzmäßigkeiten des Klimas, Klimawandel), Fernerkundung (Auswertung von Satellitenmessungen), Glaziologie (Lehre von Schnee und Eis, insbesondere Gletschern) und theoretische Meteorologie, die sich mit Grundlagenforschung und Modellierung auseinandersetzt.

Die Gebirgsmeteorologie ist einer der Schwerpunkte in Innsbruck, unter ForscherInnen als Föhnhauptstadt der Alpen bekannt, maßgeblich begünstigt durch ihre besondere geographische Lage nördlich des Brennerpass, der niedrigste Pass über den Alpenhauptkamm.

Naturgemäß sind die Mathematik und Physik, in zunehmenden Ausmaß aber auch Statistik und Informatik (Programmiersprachen) tragende Säulen der Atmosphärenwissenschaften. Deshalb sind diese Fächer in den ersten Semestern in einem größeren Ausmaß an Wochenstunden einzuplanen.

In allen Teilgebieten des Bachelorstudiums, aber auch in der Vertiefung der Atmosphärenwissenschaften im Masterstudium, sind mathematische Gleichungen und physikalische Prozesse von höherer Wichtigkeit, sodass fundierte Kenntnisse hier unerlässlich für ein erfolgreiches Studium sind. Ein Genie zu sein ist zwar nicht von Nöten, aber wie bei allen Naturwissenschaften gilt die Neugier als wichtigster Antrieb.

*Felix Welzenbach studierte Atmosphärenwissenschaften in Innsbruck.*

## REFERATE DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT

### Referat für pädagogische Angelegenheiten

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 38, Fax: - 36  
[paeoref@oeh.ac.at](mailto:paeoref@oeh.ac.at)

### Referat für Fachhochschul-Angelegenheiten (bzw. Referat für Bildungspolitik)

Beratung: Dienstag 10 - 13 Uhr, Donnerstag 13 - 16 Uhr  
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 38, Fax: - 36  
[FH@oeh.ac.at](mailto:FH@oeh.ac.at), [bipol@oeh.ac.at](mailto:bipol@oeh.ac.at)

### Referat für Sozialpolitik

Sozialberatung: Dienstag 10 - 13 Uhr, Mittwoch von 16 - 19 Uhr, sowie Donnerstag 14 - 16 Uhr  
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 43  
[sozial@oeh.ac.at](mailto:sozial@oeh.ac.at)

Wohnrechtsberatung: Dienstag 9 - 12 Uhr und Donnerstag 13 - 16 Uhr  
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 41  
[wohnrecht@oeh.ac.at](mailto:wohnrecht@oeh.ac.at)

Sozialfonds: Dienstag und Donnerstag 10 - 12 Uhr  
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 22  
[sozialfonds@oeh.ac.at](mailto:sozialfonds@oeh.ac.at)

### Studien- und MaturantInnenberatung

Montag, Mittwoch: 13-16 Uhr  
Dienstag, Freitag: 09-12 Uhr,  
Donnerstag: 18-20 Uhr (Mit Schwerpunkt auf Studienberechtigungsprüfung und Berufsreifeprüfung)  
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 24 bzw. - 25  
[studienberatung@oeh.ac.at](mailto:studienberatung@oeh.ac.at)  
Skype: OEH-Beratung

Burgenland und in Niederösterreich  
Martin Olesch: +43 (0) 676/888 522 73  
[Martin.Olesch@oeh.ac.at](mailto:Martin.Olesch@oeh.ac.at)

Stände bei Berufs- und Studieninformationsmessen und Koordination der Maturantinnen- und Maturantenberatung in Wien  
Agnes Wühr: +43 (0) 676/888 522 92  
[Agnes.Wuehr@oeh.ac.at](mailto:Agnes.Wuehr@oeh.ac.at)

### Referat für internationale Angelegenheiten

Donnerstag: 10-13 Uhr  
Tel: +43 (0) 1/310 888 0 - 95  
Fax: +43 (0) 1/310 888 0 - 36  
[internationales@oeh.ac.at](mailto:internationales@oeh.ac.at)  
Skype: internats\_bv

### Referat für ausländische Studierende

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 65, Fax: +43 (0) 1/310 88 80 - 36  
[auslaenderInnenreferat@oeh.ac.at](mailto:auslaenderInnenreferat@oeh.ac.at)  
Montag 9-12 Uhr (persisch, englisch, deutsch)  
Dienstag: 10-12 Uhr (englisch, türkisch, deutsch)  
Donnerstag: 15-18 Uhr (englisch, spanisch, deutsch)  
Freitag: 9-12 Uhr (englisch, spanisch, deutsch)

### Referat für feministische Politik

Donnerstag 12-14 Uhr, sowie nach Terminvereinbarung  
Tel: +43 (0) 676/ 888 522 74  
Fax: +43 (0) 1/310 88 80 - 36  
[frauenreferat@oeh.ac.at](mailto:frauenreferat@oeh.ac.at)

### Referat für Menschenrechte und Gesellschaftspolitik

Maria Clar: +43 (0) 1/310 88 80 - 46  
oder +43 (0) 676/ 888 522 52  
Mittwoch: 11-14 Uhr oder nach Vereinbarung  
[maria.clar@oeh.ac.at](mailto:maria.clar@oeh.ac.at)

Julia Hofmann: +43 (0) 1/310 88 80 - 46  
[julia.hofmann@oeh.ac.at](mailto:julia.hofmann@oeh.ac.at)

PA alle Referate: Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien



# Politik



## Mehr Narren auf die Bühne

Kommentar von Michael Frank

Es ist alles so normal geworden. Man nimmt es für normal, dass die Freiheitlichen die Rassengesetze früherer Terrorzeiten fortschreiben wollen. Es ist normal geworden, dass man eine hermetische sozialdemokratische Stadtverwaltung für nahezu perfekt ausgibt, die den Integrationsgedanken heute erst als Neuigkeit entdeckt. Es wundert niemanden, dass Christsoziale die Schwächsten der Gesellschaft, die ohnehin am Boden liegen, noch mit Zwangsarbeit traktieren wollen. Es ist normal geworden, dass Grüne, die exzentrische und originelle Alternativen entwickeln sollten, vor lauter Begierde platzen, endlich im Mainstream mitregieren zu dürfen.

Wer annähme, die Friktionen in den Basisstrukturen der Grünen Alternative in Wiens unkonventionelleren Bezirken sei so etwas wie konstruktive Narretei, der irrt: Sie sind nach Art der Altparteien vom Apparat manipuliert; und hier manifestiert sich die verhängnisvolle Normalisierung auch dieser Partei, in der Rankünen machtpolitisch-personeller Art Inhalte zu ersetzen beginnen. Wo sind die Zeiten, dass wahrhaftige Querköpfe als Chaoten, als Kommunisten, als Schädlinge beschimpft wurden – ja, als Schädlinge für die betuliche Bürgerruhe eines ungemein reichen Gemeinwesens, das mit sei-

nen Ressourcen gesellschaftlich, ökonomisch und umwelttechnisch wuchern könnte.

Könnte. Es zu tun sich aber weigert; radikale Ansätze als Gefährdung fürchtet; Originale zu Spinnern macht und die Narretei lähmender Besitzstandswahrung zur wünschenswerten Normalität erklärt, statt die wahren Exzentriker, die Kreativen, die dynamischen Narren und deren Phantasie und Visionen zum Leitmotiv zu machen. Eine der schönen und lebenslustigen Städte Europas führt einen hässlichen und lustfeindlichen Kampf mit sich selbst. Die reichste Millionenstadt des Kontinents findet nicht zu genug Witz, ihre ethnisch-sprachliche Vielfalt zu einem kulturellen Feuerwerk zu bündeln: Wo ist der Stolz auf die geniale Mixtur des Wiener Blutes? Die sollte die Krieger um das Stadtschicksal inspirieren, statt der Angstkomplex um seine Reinheit: Die „Reinrassigen“, ob ethnisch oder ideologisch und welcher Spezies auch immer, waren noch immer die Tumben, Faden, Uninteressanten. Mehr intelligente Bastarde, mehr Narren auf die Bühne! ◀

*Der Autor ist Österreich-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung.*

### KURZMELDUNGEN

#### Lesbische Frau klagt Luftwaffe

Ein Bundesgericht in den USA hat angeordnet, dass eine lesbische Offizierin der Luftwaffe wiederingestellt werden muss. Die Offizierin war wegen ihrer Homosexualität entlassen worden. Die Luftwaffe habe mit der Entlassung von Major Margaret Witt die verfassungsmäßigen Rechte der Frau verletzt, sagte Richter Ronald Leighton. Die auf Basis des „Don't ask, don't tell“-Gesetzes aus dem Dienst entlassene Sanitäterin hatte auf Wiedereinstellung geklagt. 2006 wurde ihre Klage von Richter Leighton abgewiesen, zwei Jahre später entschied ein Berufungsgericht, dass die Streitkräfte Homosexuelle nicht entlassen dürfen, sofern sie nicht beweisen, dass ein solcher Schritt militärisch nötig sei.

#### Militär tötet Rebellenführer

Es scheint nun gewiss, dass der Militärführer der FARC-Rebellen, Jorge Briceno Suarez, vom kolumbianischen Militär umgebracht wurde. Kolumbianische Ärzte haben den Tod des Rebellen offiziell bestätigt. Die Autopsie sei zwar noch nicht vollkommen abgeschlossen, einer der untersuchten Toten sei jedoch als Jorge Briceno Suarez identifiziert worden, sagte der Direktor der staatlichen Instituts für Rechtsmedizin. Laut Angaben des Militärs wurde der Militärführer der FARC-Rebellen bei einem zweitägigen Militäreinsatz am Donnerstag in der Früh getötet. Bei der Aktion starben rund 20 weitere Rebellen, darunter drei ranghohe Mitglieder der Organisation.

#### Muslimischer Friedhof geschändet

Unbekannte haben in der französischen Stadt Straßburg einen muslimischen Friedhof geschändet. Die AngreiferInnen zerstörten Blumenschmuck, warfen etwa 30 Grabsteine um und ritzen Hakenkreuze in den Boden. Bürgermeister Roland Ries verurteilte am Freitag die Schändungen im muslimischen Teil eines Friedhofs von Straßburg als „unerträgliche, rassistische Tat“. Eine Dachorganisation der französischen Muslime zeigte sich schockiert und forderte die Behörden auf, die TäterInnen auszuforschen und zu bestrafen. Seit Jahresbeginn wurden bereits viermal Friedhöfe im Elsass geschändet. Ende Juni verwüsteten Unbekannte 17 muslimische Gräber in Straßburg.

Foto: Hamann



Das Wiener Blut war schon immer ein Mischprodukt.

## Wiener Melange oder Filterkaffee?

Die Wiener-Blut-Plakate der FPÖ schlagen wieder einmal ein Stückchen weiter in die in unserem Land ohnehin schon unerträglich tiefe rassistische Kerbe. Doch wofür steht das Wiener Blut? Ein Streifzug durch die einenden und trennenden Facetten eines Begriffs.

MICHAEL HEILING

**B**lut ist ein ganz besonderer Saft“, doziert Mephistopheles in Goethes Faust. Blut sei „dicker als Wasser“, meint der Volksmund und die AnhängerInnen der größten und mächtigsten Religionsgemeinschaft in Österreich trinken während ihrer sonntäglichen Messen regelmäßig symbolisch das Blut ihres Gründers. Die Metaphorik des Blutes als lebensgebendes und verbindendes Element ist unumstritten.

Das Wiener Blut hingegen stellt nicht nur eine gemeinsame Symbolik verschiedener Wiener Lebensarten dar, es ist mittlerweile auch ein viel strapaziertes Klischee. Nicht nur politische Parteien bedienen sich seiner, auch in die Populärkultur hat es Einzug genommen: Die Deutsch-Rock-Export-Combo *Rammstein* verarbeitet in ihrem Lied Wiener Blut den Fall des Josef F. aus Amstetten und Fußballikone Toni Polster singt in einem musikalischen Intermezzo mit der Kölner Kultband *Fabulöse Thekenschlampen* vom Wiener Blut, das in seinen „Wadln“ fließe, um nur zwei – sehr gegensätzliche Beispiele – aus diesem Bereich zu nennen.

**Kein blaues Blut,...** Die Operette von Johann Strauß Sohn, die den Begriff des Wiener Blutes erst prägte, singt von der Spontanität, dem Charme und auch der Schlitzohrig-

keit, die für die EinwohnerInnen Wiens vermeintlich typisch sei. Jedenfalls bezog sich dieser Begriff in seiner Entstehung um die Jahrhundertwende nicht auf Menschen einer bestimmten sozialen Herkunft (ganz im Gegensatz zum „Blauen Blut“) oder eines bestimmten ethnischen Hintergrunds. Das Wien des Jahres 1899 war das Zentrum eines Vielvölkerstaates, ein Schmelztiegel in dem soziale Rangordnungen zwar durchaus manifest waren, für dessen Funktionieren aber das reibungslose Zusammenleben Menschen unterschiedlicher Herkunft zentral war.

Johann Strauß Sohns Vermächtnis geriet übrigens in der Zeit des deutschen Faschismus ins Fadenkreuz des Rassenwahns und stellte die Nazis vor größere Widersprüche. Einerseits war Strauß in der Nazi-Diktion „Achteljude“, andererseits galt seine Musik als „überaus deutsch und volksnah“. Die beiden Texte des Librettos zum „Wiener Blut“ (Victor León und Leo Stein) stammten übrigens aus Polen und Bratislava, Steins Grab befindet sich im alten israelitischen Trakt des Wiener Zentralfriedhofes.

Das Wiener Blut war also in der Realität wie in der Literatur eine Melange und kein Filterkaffee. Auch der viel beschworene „echte Wiener“ heißt und hieß, wie schon in der allseits bekannten Fernsehsendung der 70er Jahre, eben nicht nur Sackbauer, sondern auch Blahovec und Vejvoda.

**... kein reines Blut, ...** Aus heutiger Sicht und bei Ausblendung der damaligen sozio-kulturellen Gegebenheiten können natürlich auch Gruppen definiert werden, die vom Begriff des Wiener Blutes exkludiert waren, die mit dem „echten Wiener“ nicht mitgemeint waren. Die Multikulturalität des Wiens von 1900 war geprägt von einer christlich-jüdisch-mittleuropäischen Vielfalt und einer eurozentrischen Perspektive. In Wien lebende Menschen nicht-europäischer Herkunft waren nur schwach vertreten.

Dieser Umstand wird auch heute bewusst verwendet, um Ressentiments zu schüren. Nicht zufällig versucht sich HC Strache durch das Tragen von bestimmten Symbolen bei MigrantInnen serbischer Herkunft anzubiedern, nicht zufällig wird nach dem Motto „Divide et Impera“ im FPÖ-Sprech neuerdings immer stärker zwischen den „braven, anständigen“ MigrantInnen, mit „gemeinsamer christlich-abendländischer“ Kultur und Menschen islamischen Glaubens unterschieden. Eine latente Islamophobie könnte dem Wiener Blut also durchaus unterstellt werden, wenngleich auch die, die den Begriff geschaffen und geprägt haben, nur Kinder ihrer Zeit waren.

**(K)ein böses Blut?** Eine totalitäre und verbrecherische Funktion spielte der Begriff des Blutes im Vo-

kabular der Nazis. Die Reinhaltung des Blutes wurde bereits in Hitlers *Mein Kampf* als eine der obersten Zielsetzungen der deutschen FaschistInnen festgeschrieben, die Metapher von Schädlingen, die dem Volk das Blut aussaugen, wurde systematisch etabliert. Dies ebnete zunächst den Weg dafür, dass bestimmten Gruppen von Menschen ihre Lebensberechtigung abgesprochen werden konnte und ermöglichte in weiterer Folge die industrielle Vernichtung von Menschen.

Diese bestimmte geschichtliche Epoche der Blut-Rhetorik ist es auch, die der aktuellen Debatte ihren Zündstoff gibt. Das Wiener Blut war und ist ein eng mit der ethnischen und sozialen Vielfalt einer Stadt verbundenes sprachliches Bild. Wer es aber in einer Stadt, deren Bevölkerung den Holocaust aktiv mitgetragen hat, in einer restriktiv geführten Integrationsdebatte verwendet, ist wohl von bestimmten Faktoren getrieben. Etwa von der Absicht, Menschen gegeneinander aufzuhetzen, von bewusster und absoluter Respektlosigkeit den Opfern dieser unbegreiflichen Verbrechen gegenüber oder im besten Fall einfach nur von komplett mangelndem Fingerspitzengefühl. Ein Blick in die jüngere Geschichte der FPÖ lässt nicht auf Letzteres schließen. ◀

Der Autor studiert Wirtschafts- und Politikwissenschaften in Wien.



# Gutes Tun und drüber reden

**Mikrokredite boomen nicht nur in Entwicklungsländern, sondern auch in Österreich und Europa. Doch was ist der Inhalt dieses Konzepts und warum ist es so erfolgreich?**

MASCHA AZMANN

**K**lein- und Kleinstkredite für Menschen, die bei jeder anderen Bank als kreditwürdig gelten würden. Das ist das Erfolgsrezept von Muhammad Yunus. Der Wirtschaftsprofessor aus Bangladesch gründete 1983 die sozial orientierte Grameen Bank und ermöglichte so vielen armen Menschen, sich eine wirtschaftliche Existenz aufbauen zu können. Dafür wurde er 2006 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Inzwischen gibt es viele Organisationen, die Yunus' Idee aufgreifen. Auch hier in Österreich: Mit 1. Mai 2010 startete das Sozialministerium das Pilot-Programm „Der Mikrokredit“ für Arbeitslose und wirtschaftlich selbstständige Klein-Unternehmen in Österreich. Für alle, die ein Unternehmen gründen, fortführen, ausdehnen oder übernehmen wollen, steht das nötige Startkapital oder Vermögen für die laufende Finanzierung zur Verfügung. Das Programm soll helfen, tragfähige Geschäftsideen in die Tat umzusetzen, und finanziert Einzelpersonen mit bis zu 12.500 Euro, Personengesellschaften mit bis zu 25.000 Euro. Zielgruppe sind vor allem Arbeitslose, am Arbeitsmarkt Benachteiligte oder Menschen mit erschwertem Zugang zum klassischen Kreditmarkt. Zurzeit läuft das Programm allerdings nur in der Steiermark und in Wien.

**Hebelwirkung.** Aber nicht nur der Staat, sondern auch private Unternehmen und NGOs mischen bei den Mikrokrediten in Europa mit. Eines davon ist die Entwicklungsgenossenschaft *Oikocredit*. Die Kredite variieren zwischen 50 und 1500 Dollar und werden in Asien, Afrika und immer öfter auch in Osteuropa vergeben. Finanziert wird die Non-Profit-Organisation von 36.000

AnlegerInnen, davon mehr als 2000 in Österreich. Ab 200 Euro kann man Genossenschaftsanteile erwerben. Die Rendite von zwei Prozent ist zwar gering, die Hebelwirkung des angelegten Geldes aber enorm.

Eine andere Möglichkeit der Mikrofinanzierung ist der *Dual Return Fund*. Der Fonds, der in Österreich von VermögensberaterInnen vertrieben wird, bietet AnlegerInnen die Möglichkeit, ihr Geld in Mikrokredite zu veranlagen und eine „doppelte Rendite“ – als Dividende und als gute Tat – zu lukrieren. Er verwaltet rund 100 Millionen Euro und gibt Gelder an Mikrokreditinstitute in armen Ländern weiter, die diese in lokale Kleinprojekte investieren.

Ein Problem dabei ist, dass Armut nicht in jedem Land gleich definiert ist. Um die Höhe der Kredite in verschiedenen Ländern besser bestimmen zu können, entwickelte *Oikocredit* gemeinsam mit der *Grameen Bank* den *Progress out of Poverty Index* (PPI). Zehn aussagekräftige Länderindikatoren wurden entwickelt, um ein Armutsprofil zu erstellen. Dabei werden beispielsweise die klimatischen Begebenheiten, aber auch die Grundsituation der KreditnehmerInnen berücksichtigt. Der PPI dokumentiert zudem auch die sozial nachhaltige Entwicklung durch den Mikrokredit über einen längeren Zeitraum hinweg.

Auch österreichische Banken spielen ihre Rolle bei der Mikrokreditfinanzierung. Die *Erste Bank* versucht mit ihrem Projekt *Die Zweite Sparkasse* Menschen dabei zu helfen, aus den Schulden zu kommen und sich ein neues Leben aufzubauen. 400 ehrenamtliche MitarbeiterInnen arbeiten eng mit der *Caritas* und der *Schuldnerberatung* zusammen, um die KundInnen umfassend beraten zu können. Mit der *Social Business Tour 2010* zieht die *Erste* durch osteuropäische Hauptstädte, um das Konzept zu propagieren. Da stellt sich na-

türlich die Frage, ob die Marke *Social Business* für Marketing-Zwecke missbraucht wird.

*Erste Bank*-Chef Andreas Treichl sagte dazu nur, selbst wenn das Engagement der Banken auch mit Marketing zu tun haben sollte, profitieren Menschen, die sonst nie an einen Kredit kämen. Und: „Wenn ein Kleinstunternehmer mit einem Mikrokredit den Aufstieg zum wirklich Kreditwürdigen schaffte, werde ihm die *Erste Bank* nicht böse sein, wenn sie in guter Erinnerung geblieben ist.“

Auch die *Volksbanken*-Gruppe steht vor dem Einstieg in die Mikrokreditvergabe in Osteuropa, wobei sie sich mit vor Ort tätigen MikrofinanzpartnerInnen zusammenschließen. Die Kreditsummen richten sich nach der Nation: In Bosnien rechnet die VBI mit bis zu 1000 Euro, in Rumänien von 2000 bis 9000 Euro.

**Auch Risiken.** Mikrokredite sind keine eierlegende Wollmilchsau, sie bergen auch Risiken: Es gibt erste Anzeichen einer Mikrokreditblase. Kommerzielle Unternehmen versprechen ihren AnlegerInnen hohe Renditen und KundInnen zahlen alte Kredite mit neuen zurück. Ein Ausweg wäre ein UN-Gütesiegel, wie es *Oikocredit*-Chef Peter Püspök fordert.

Das Risiko hält aber die Europäische Union nicht ab, mit von der Partie bei den Mikrokrediten zu sein: Insgesamt vergibt sie 45.000 davon. Der EU-Kommissar für Soziales, Laszlo Andor, will mit Klein- und Kleinstkrediten im Umfang von insgesamt 500 Millionen Euro den UnternehmerInnengeist fördern. Nach Erkenntnissen der EU-Kommission wird schon jetzt jedes dritte Unternehmen in Europa von einem oder einer Arbeitslosen gegründet. ◀

*Die Autorin studiert Publizistik in Wien.*

Foto: Hamann

Auch mit Kleinkrediten, können Pflänzchen zum Sprießen gebracht werden.



Sozialwohnungen sind für MigrantInnen in China schwer zu bekommen.



Foto: Brandtner

## Made in China

Während sowohl chinesische KapitaleignerInnen als auch ausländische InvestorInnen und KonsumentInnen weiter von den niedrigen Lohnkosten in China profitieren, regt sich der Widerstand bei den unterbezahlten und unzulänglich vertretenen ArbeiterInnen. Deren Erwartungen steigen nach 30-jährigem Wirtschaftswachstum auf Kosten ihrer Rechte.

CHRISTOF BRANDTNER

Die *All-China Federation of Trade Unions* ist mit über 130 Millionen Mitgliedern die größte Gewerkschaft der Welt. Doch wer sich davon eine starke Vertretung der chinesischen ArbeitnehmerInnen erwartet, irrt. Die von Peking kontrollierte Einheitsgewerkschaft spielt bei Lohnverhandlungen praktisch keine Rolle, sondern tritt eher durch die Organisation von Sportveranstaltungen in Erscheinung. Ihre Funktionäre kooperieren häufig mit dem Management und genießen wenig Vertrauen in der Belegschaft. Zwar wurde durch die 1994 eingeführten Dienstverträge eine Basis für Kollektivverträge geschaffen, auf eine spätestens dadurch notwendige, demokratisch-repräsentative Struktur wurde allerdings verzichtet.

**13 Selbstmordversuche.** So ist es kaum verwunderlich, dass der Lohn vieler ArbeiterInnen trotz Arbeitszeiten von bis zu 70 Wochenstunden nicht einmal ansatzweise den Erwerb der in ihrer Fabrik hergestellten Produkte ermöglicht. Obwohl die Löhne seit einigen Jahren trotz der hohen Inflation zumindest offiziell real ansteigen, machen die hohen Wohnkosten, die substantielle Einkommensungleichheit und die damit verbundene Perspektivlosigkeit zu schaffen. Der Fall von 13 Selbstmordversuchen innerhalb von fünf Monaten bei *Foxconn* in Shenzhen, das unter anderem für *Apple* und *HP* produziert, hat auf tragische Weise dazu beigetragen, Medien in und außerhalb Chinas auf die schwere Situation der chinesischen ArbeiterInnen aufmerk-

sam zu machen. Doch weil die harten Arbeitsbedingungen bei *Foxconn* vergleichsweise moderat sind, wird kritisiert, dass noch fundamentalere Probleme des chinesischen Arbeitsmarktes weiter im Dunklen bleiben.

**Am Rand der Gesellschaft.** Seit der Liberalisierung des chinesischen Arbeitsmarktes Anfang der 80er Jahre ziehen WanderarbeiterInnen vom Land in die Städte, wo das Lohnniveau etwa 3,3 Mal so hoch ist wie in der Peripherie. Derzeit werden etwa 150 Millionen Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund geschätzt – die gesamte Erwerbsbevölkerung Chinas machte 2009 zum Vergleich 813 Millionen Menschen aus. Viele Eltern erhofften sich, ihre Familie durch das höhere Einkommen finanziell unterstützen zu können, was unter anderem etwa 20 Millionen in den Provinzen zurückgelassene Kinder zufolge hatte. Die Rechte der WanderarbeiterInnen sind zudem durch die Wohnsitzregistrierung, die Ende der 50er Jahre zur Kontrolle der internen Migration eingeführt wurde, minimal. Wer den eigenen *hokou*, also den Wohnsitz, am Land hat, hat zwar ein Recht auf Versorgung durch die Kommune – dieses ist jedoch örtlich gebunden. Somit haben MigrantInnen meist keinen Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung, Sozialwohnungen und Bildung, sofern sie finanziell nicht dafür aufkommen können. Als wäre das noch nicht genug, stehen sie durch ihre AußenseiterInnenrolle und aufgrund ihres niedrigen Bildungsniveaus am Rand der Gesellschaft und haben fast nur in arbeitsintensiven Sparten Berufsaussichten, etwa am Bau oder in Kohlebergwerken, während sie

überproportional von Arbeitslosigkeit bedroht sind.

Während die erste Generation der WanderarbeiterInnen diese Lasten selbstlos auf sich nahm, wachsen die Ansprüche in der zweiten Generation der migrantischen Arbeitskräfte, die nicht mehr der willkürliche Bauteil einer Profitmaschine sein wollen. Unter anderem die Tatsache, dass sie sich nicht mehr mit ihrem Schicksal zufrieden geben wollen, heizt die Stimmung gegen die schlechte ArbeitnehmerInnenvertretung und die katastrophalen Arbeitsbedingungen bei niedrigsten Löhnen an. Die Arbeitsniederlegung der Belegschaft einer *Honda*-Fabrik in Guangdong, wo ein Großteil der ArbeiterInnen aus den zentralen Provinzen zugewandert ist, und die Forderungen nach bis zu 50 Prozent höheren Löhnen setzten die japanische Firma im Mai 2010 unter großen Druck. In privaten Unternehmen sind nicht nur Löhne und ArbeitnehmerInnenvergütungen geringer als in Staatsbetrieben, auch die Lohnspanne von eins zu 50 zwischen japanischen und chinesischen ArbeiterInnen gab den Ausschlag zu den Unruhen. Schlussendlich gab *Honda* angesichts des dadurch zu entstehen drohenden finanziellen Schadens nach und kündigte anschließend die Streikführer.

**Kein Streikrecht.** Obwohl Streiks in China nicht explizit verboten sind, wurde das Streikrecht 1982 abgeschafft, weil die Regierung die Probleme zwischen KapitaleignerInnen und Proletariat offiziell als beseitigt ansah – ein zynisches Urteil. Dennoch begegnet die KP Arbeitsunruhen wie denen in Guangdong bisher

mit Geduld und spricht von privaten Problemen zwischen ArbeiterInnen und dem Management.

Von diesen unabhängig, von den Gewerkschaften organisierten und in erster Linie auf eine Verbesserung der eigenen Arbeitsbedingungen ausgerichteten Forderungen wird in westlichen Medien in letzter Zeit vermehrt berichtet. Leider täuscht der Eindruck, dass es sich dabei um einen radikalen Umschwung handelt, denn Streiks wie in Guangdong fanden auch in der Vergangenheit regelmäßig statt, ohne dabei auf großes Interesse bei den staatlich kontrollierten Medien zu stoßen. Von einer neuen ArbeiterInnenbewegung kann insofern keine Rede sein, denn solange es keine unabhängige Vertretung mit Kündigungsschutz gibt, sind seriöse Verhandlungen mit dem Management nicht möglich, wie der Streik in Guangdong zeigt.

Diverse NGOs, etwa *China Labour Bulletin* ([clb.org.hk](http://clb.org.hk)), haben es sich deshalb zum Ziel gemacht, die restliche Welt auf die fundamentalen Missstände und die chinesischen ArbeiterInnen auf ihre Rechte aufmerksam zu machen. Auch das 2008 eingeführte neue Arbeitsrecht und durch das Internet leichter zugängliche Informationen über die Arbeitsbedingungen in anderen Provinzen haben das Bewusstsein der Arbeitskräfte hinsichtlich der Mindeststandards geschärft. Berichte darüber, dass die Einheitsgewerkschaft ab nächstem Jahr vermehrt lokalen, basisdemokratisch gewählten und vom Management unabhängigen GewerkschafterInnen das Parkett überlassen will, bringen ebenfalls Grund zur Hoffnung. ◀

Der Autor studiert Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Wien und Hong Kong.



# Ich werde zurückkehren

**Shirin Ebadi eröffnete mit ihrer Rede das diesjährige Forum Alpbach. Die Friedensnobelpreisträgerin und Menschenrechtlerin spricht über ihre Arbeit, wegen der sie ihre Heimat verlassen musste, über europäische Firmen im Iran und die Stabilität des Regimes.**

**PROGRESS:** Frau Ebadi, fühlen Sie sich in Europa sicher?

**EBADI:** Wieso stellen Sie mir diese Frage?

*Weil in der Vergangenheit auch in Europa immer wieder iranische AktivistInnen ermordet wurden, die als KritikerInnen der Regierung aufgetreten sind.*

Ich denke nicht sehr viel an Gefahren. Wenn ich mich zu sehr darauf konzentrieren würde, könnte ich meine Arbeit nicht fortsetzen.

## ZUR PERSON

Shirin Ebadi (1947), die erste Richterin in der Geschichte des Irans, hat 2003 den Friedensnobelpreis bekommen, der mittlerweile aus ihrem Schließfach in Oslo verschwunden ist. Nach der Revolution 1979 wurde sie gezwungen, ihr Amt niederzulegen – weil sie eine Frau ist. Seit dem Ende der 90er Jahre übernahm sie als Anwältin im Zuge einer Mordserie an Intellektuellen immer mehr Fälle von politischen AktivistInnen. 2005 wurde sie trotz internationalem Protest vor das iranische Revolutionsgericht geladen. Ihr Menschenrechtszentrum in Teheran wurde 2008 von der Regierung wegen „Propaganda gegen das Regime“ geschlossen, kurz darauf musste sie den Iran verlassen.



Foto: Prantl

*Könnten Sie in den Iran heimkehren?*

Ich werde dann, wenn ich mich dazu entscheide, in den Iran zurückkehren. Niemand kann mich daran hindern! Aber aufgrund der starken Zensur im Iran will ich jetzt nicht zurück, meine Stimme würde dort nicht gehört werden. Mein Büro wurde geschlossen und mein persönliches Hab und Gut beschlagnahmt. Im Iran kann ich im Moment für mein Volk nicht viel tun. Unter diesen Umständen bin ich in Europa viel besser aufgehoben.

*Wann mussten Sie erkennen, dass ihre Arbeit im Iran keinen Sinn mehr macht?*

Die Lage für Menschenrechtsaktivisten war im Iran nie einfach. Aber seit den Präsidentschaftswahlen im Juni 2009 ist sie fast unmöglich geworden.

*Wie gestaltet sich Ihre politische Arbeit fern Ihrer Heimat?*

Ich sehe meine Hauptaufgabe darin, Informationen zur Verfügung zu stellen. Ich möchte, dass die Weltöffentlichkeit weiß, unter welchen Umständen und Zuständen meine Landsleute im Iran leben. Ich nehme an Seminaren teil, schreibe Artikel und Bücher. Mein letztes Buch mit dem Titel *Der goldene Käfig* beginnt mit dem Zitat: „Wenn du das Unrecht nicht aus dem Weg schaffen kannst, dann stell die Verursacher des Unrechts bloß.“

*Haben Europa und die USA im Umgang mit dem Iran zu sehr auf das Atomprogramm geachtet und die Reformbewegung zu wenig unterstützt?*

Europa und die USA haben sich bislang im Umgang mit dem Iran nur auf ihre eigene Sicherheit konzentriert. Dabei haben sie vergessen, dass im Iran Menschen getötet werden. Ich möchte, dass den Menschenrechten in meiner Heimat mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.

*Was halten Sie von europäischen Firmen, die Geschäfte mit dem Iran machen?*

Eine Reihe von europäischen Firmen unterstützt den iranischen Staat bei der Zensur und der Überwachung. Das bekannteste Beispiel ist *Eutelsat*. Ich denke, dass die EU solche Firmen unter Aufsicht stellen müsste. Nicht nur Staaten, sondern auch private Firmen müssen Menschenrechte beachten. *Eutelsat* hat ja nicht nur in den

Iran Überwachungstechnik geliefert, sondern auch nach Russland.

*Wie sehr stehen beim Umgang Europas mit dem Iran humanitäre Werte im Vordergrund und welche Rolle spielen im Vergleich dazu die Geschäftskontakte?*

Beides spielt eine Rolle, aber die wirtschaftlichen Kontakte sind bei den Beziehungen zum Iran zweifellos sehr wichtig. Für die Menschenrechte sehe ich da leider nicht so viel Interesse. Wäre das anders, würden die Europäer ja etwas gegen die Geschäfte von *Eutelsat* und *Nokia* machen. *Nokia* hat dem Iran eine Software zur Verfügung gestellt, mit der Mobiltelefone und auch das Internet zensuriert und überwacht werden können. Lassen Sie mich Ihnen noch ein anderes Beispiel geben: Von allen europäischen Staaten ist es Deutschland, das den Iran am stärksten kritisiert. Die deutsche Bundeskanzlerin nimmt sich da kein Blatt vor den Mund. Gleichzeitig hat der Handel zwischen Iran und Deutschland im Jahr 2009 floriert und ist im Vergleich zu den Vorjahren stark gewachsen. Fast das Gleiche gilt leider auch für Österreich. Wenn es um Geschäfte geht, werden die Menschenrechte schnell vergessen.

*Würden Sie die Firmen wie Eutelsat und Nokia für die Verletzung und den Tod von Oppositionellen verantwortlich machen?*

Diese Ausdrucksweise gefällt mir nicht. Ich bevorzuge, einfach nur zu sagen, dass diese Firmen den Iran bei der Zensur unterstützen.

*Wegen der repressiven Stimmung wird die Arbeit für NGOs im Iran immer schwieriger. Die EU unterstützt sie dennoch mit Geldern. Wie viel Sinn hat das?*

Die Arbeit der NGOs ist schwierig wenn nicht sogar zur Unmöglichkeit geworden. Der iranische Staat hat mittlerweile aber selber welche ins Leben gerufen. Das sind staatliche Organisationen, die sich als nicht-staatliche tarnen. Und ich weiß, dass die EU diesen Organisationen Gelder gegeben hat, damit sie rechtliche Bildung und Beratung im Iran durchführen. Echte NGOs würden sich nie trauen, diese Gelder aus dem Ausland anzunehmen. Es wird ihnen ja ohnehin schon vorgeworfen, dass sie Spionage für ausländische Mächte betreiben. Jeder Euro, den die EU investiert, geht an diese „staatlichen“ Organisationen.





Foto: Prantl

Vom Europäischen Forum Alpbach aus setzt sich Shirin Ebadi für die Menschenrechte im Iran ein.

*Wie stabil ist das Regime heute?*

Es gibt zur Zeit keine Stabilität. Der Abstand zwischen Regierung und Volk wird täglich größer und die Unterstützer sind gespalten. Viele der früheren Sympathisanten sind heute Kritiker. Das System ist heute seit seinem Bestehen in seiner schwächsten Phase.

*Wie viel Zeit geben Sie ihm noch, ehe es zerbricht?*  
Politische Angelegenheiten kann man nicht mit Zeit messen.

*Wie gefährlich wäre ein Iran mit Atomwaffen für den Rest der Welt?*

Für den Weltfrieden und die politische Sicherheit der Welt ist ein undemokratischer Staat noch gefährlicher als eine Atombombe. Frankreich und England haben auch Atombomben, ist das etwa eine Bedrohung für die Welt? Was ist aber mit Pakistan, fühlen wir uns dort etwa sicher? Vor dieser Bombe scheint auch niemand besonders große Angst zu haben.

*Hat die Revolution von 1979 dem Iran auch etwas Positives gebracht?*

Vor der Revolution war der Staat sehr abhängig, vor allem von den USA. Diese Abhängigkeit ist heute nicht mehr vorhanden. Das heißt aber nicht, dass sich die wirtschaftliche Lage verbessert hat.

*Was sind denn die Konzepte und wer sind die TheoretikerInnen der Grünen Bewegung im Iran?*

Das ist eine demokratische Bewegung, keine ideologische Bewegung. Sie besitzt nicht die Struktur einer politischen Bewegung oder einer

Partei. Das heißt, es gibt da keine Spitze, die Entscheidungen trifft. Das ist eine horizontale Netzwerkbewegung. Mussavi (Ex-Ministerpräsident Mir-Hossein Mussavi, Anm.) und Karubi (Mehdi Karroubi, hoher shiitischer Kleriker, Anm.) sind Teil dieser Bewegung und verstärken sie durch ihre Teilnahme. Sie sind aber keinesfalls die Führer der Bewegung. Die Bewegung wird durch die Netzwerke koordiniert.

*Gibt es VordenkerInnen, die jetzt brauchbar für die Grüne Bewegung sind?*

Wie gesagt, das ist eine demokratische und keine ideologische Bewegung, die vor allem ein Ziel hat: Demokratie. Deshalb kann es in dieser Bewegung auch keine Vordenker und Masterminds geben. Denken Sie zum Beispiel an den letzten Marsch: Mussavi und Karubi haben die Menschen dazu aufgefordert, nicht auf die Straße zu gehen, nachdem die Demonstration vom Regime nicht bewilligt wurde. An diesem Tag sind die Menschen aber trotzdem auf die Straßen gegangen, und der Staat hat von 150 Festnahmen berichtet. Alleine diese Berichterstattung, dass 150 Menschen festgenommen wurden, ist ein Beweis dafür, dass die Menschen trotzdem auf die Straßen gegangen sind. Es gibt keinen Vordenker, es gibt keine Führer, es sind die Menschen, die da am Werk sind. Und das macht die Bewegung stärker.

*Wie kann eine Bewegung, die so aufgebaut ist, wie Sie das beschrieben haben, die Regierenden zu Eingeständnissen bewegen?*

Eine friedliche Bewegung erlaubt keine Gewaltanwendung von Seiten der Regierung. Die Grüne Bewegung ist eigentlich gut verbunden, was die Kommunikation untereinander angeht. Per Internet können sie gut kommunizieren. Das ist der Unterschied zwischen einer Bewegung und einer politischen Partei. Eine Bewegung stirbt nicht ab, die hat Höhen und Tiefen, aber sterben tut sie nicht. Die Grüne Bewegung im Iran lässt sich mit der Bewegung der Farbigen in den USA vergleichen. Angefangen hat das in den USA mit Martin Luther King, aber nach Martin Luther Kings Tod, war die Bewegung nicht am Ende. Wer war dort der Führer? Alle Farbigen! Und wie lange hat die Bewegung gedauert? Bis Präsident Obama ins weiße Haus einzog. So wird das auch mit der Grünen Bewegung im Iran sein, vielleicht dauert das viele Jahre, aber sie werden siegreich sein – ohne Führer.

*Haben Sie einen Rat für die jungen IranerInnen, die aufbegehren?*

Die iranische Jugend weiß sehr gut, was sie zu tun hat. Sie soll ihren Kampf fortsetzen. Ich bin stolz auf die iranische Jugend.

*Was bedeutet für Sie Freiheit?*

Das heißt, seine Meinung frei äußern zu können, ohne Angst vor dem Gefängnis haben zu müssen. Und dass man bei den Wahlen jeden wählen kann und dass man so leben kann, wie man es selbst für richtig hält. Dass man frei wie ein Vogel leben kann (lacht).

*Das Interview führten Martina Burtscher und Wolfgang Zwander.*



# DOSSIER

A miniature LEGO city scene at night. In the background, a large fire burns brightly, illuminating a building with a red roof. In the foreground, a crowd of minifigures, some in dark clothing and some in lighter clothing, stands on a street, looking towards the fire. The scene is lit with warm, orange light from the fire and streetlights.

**Wo es auf den Hochschulen  
wirklich brennt**

# Was ist Hochschulbildung wert?

Investitionen in Bildung zahlen sich aus. Warum eigentlich? Wie die Rendite von Bildung gemessen werden kann und welchen Sinn das Argument in der gegenwärtigen Diskussion um mehr Geld für Österreichs Hochschulen macht.

EVA MALTSCHNIG

Österreichs Hochschulen sind in Geldnöten. Laut Universitätsbericht des Wissenschaftsministeriums wurden 2009 3,79 Prozent der Bundesaussgaben für Hochschulen verwendet, das sind rund drei Milliarden Euro. Für die 22 öffentlichen Universitäten und 19 Fachhochschulen reicht das nicht aus. Besonders die Geldprobleme der so genannten Massenuniversitäten haben im letzten Jahr große Aufmerksamkeit erlangt, unter anderem als Reaktion darauf wurden Forderungen nach flächendeckenden Zugangsbeschränkungen seitens der Rektoren und des Wissenschaftsministeriums erneut laut.

Auf der Finanzierungsseite ist keine Besserung in Sicht: Österreich muss sparen. Die EU hat ein Verfahren wegen übermäßigem Defizit eingeleitet, dass die Regierung mehr oder weniger zum Handeln zwingt. Die Maastricht-Kriterien sind einzuhalten um einen stabilen Euro zu gewährleisten, hier sind sich Europäische Zentralbank und Kommission einig. Maximal sind eine Neuverschuldung von drei Prozent des BIP und eine Verschuldungsquote von 60 Prozent des BIP erlaubt, sonst drohen Sanktionen – Österreich rechnet für 2010 mit einem Defi-

zit von 4,7 Prozent und einer Schuldenquote von 70,2 Prozent, ab 2011 muss daher konsolidiert werden. Die Pläne dafür werden freilich erst nach den Landtagswahlen vorgelegt, doch die Hochschulen ziehen sich jetzt bereits warm an. Für die Universitäten beginnt 2011 eine neue Leistungsvereinbarungsperiode, bei der die Gelder neu verteilt beziehungsweise gekürzt werden. Bereits jetzt wird in so genannten „Begleitgesprächen“ seitens des Ministeriums auf die zu erwartenden sinkenden Mittel hingewiesen.

An den Hochschulen zu sparen ist in, das zeigen Beispiele aus den USA und dem Vereinigten Königreich. Direkte soziale Folgekosten wie Arbeitslosigkeit und Armut werden von Kürzungen im tertiären Sektor nicht erwartet, also wird der Sparstift hier zuerst angesetzt. Das hoch verschuldete Großbritannien (erwartetes Defizit 2010: Zwölf Prozent, Schuldenstand 79,1 Prozent) beschloss Kürzungen von über einer halben Milliarde Euro für das Studienjahr 2010/2011, weitere Einbrüche bis zu 35 Prozent des Gesamtbudgets der Unis werden befürchtet, höhere Studiengebühren und zusätzliche Abgaben für AbsolventInnen sind zu erwarten. In den USA (erwartetes Defizit: Zehn Prozent, Schuldenstand 2011 mit 100 Prozent prognostiziert) brachen angesichts der

Wirtschaftskrise sowohl die privaten Mittel als auch die öffentlichen Ausgaben für Hochschulen ein. Die stark verschuldeten Bundesstaaten sparen an der tertiären Bildung, die Finanzspritze des Bundes war zu gering, um im Bildungsbereich Kürzungen verhindern zu können.

**Hier sparen? Keine gute Idee.** ÖkonomenInnen schreien bei diesen Spar-Ideen laut auf. Sogar jene, die üblicherweise Budgetdisziplin als höchstes wirtschaftliches Ziel sehen, argumentieren gegen Kürzungen bei (tertiärer) Bildung. Grund ist die langfristig positive Wirkung, die gut ausgebildete Arbeitskräfte auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes haben.

Die Humankapitaltheorie liefert den theoretischen Hintergrund zu diesem Argument. Aufbauend auf der Annahme, das menschliche Arbeitskraft maßgeblich zur Wertschöpfung und damit zum Wirtschaftswachstum beiträgt, bedingt bessere Ausbildung den effektiveren Einsatz von Arbeitskraft. Wie eine neue Maschine angeschafft werden kann, um die Produktionsleistung zu verbessern, könne auch in die (Weiter)Bildung von Angestellten investiert werden, um das Ergebnis zu verbessern. Die getroffenen Investitionsentscheidungen der AkteurInnen sind rational, davon geht

die klassische Theorie aus: Sowohl der Staat als auch das Individuum entscheidet nach klaren Kriterien, wann es sich auszahlt in Bildung zu investieren. Zahlen und profitieren tun nämlich beide.

Die Bildungsrendite, wie sie die OECD berechnet, wiegt die Investitionskosten für Ausbildung mit den daraus erzielten Gewinnen ab. Teile der Faktoren fallen dem Staat, andere dem Individuum zu. Studiengebühren, etwaiger Verdienstentgang (berechnet nach dem geltenden Mindestlohn) und andere Kosten, die direkt mit dem Studium in Verbindung stehen, sind Investitionskosten, die für die einzelnen StudentInnen anfallen, Gelder, die für Hochschulen sowie für Stipendiensysteme und/oder geförderte Studienkredite bereit gestellt werden, fallen als Investitionsaufwand dem Staat zu. Das wichtigste return on investment für Studierende ist der künftig erwartete höhere Verdienst. Davon profitiert auch der Staat durch das höhere Steueraufkommen, höhere Sozialabgaben und niedrigere Transferleistungen. Außerdem wird aufgrund der geringeren Arbeitslosenrate von AkademikerInnen auf eine niedrigere Belastung der Arbeitslosenversicherung geschlossen. Durchschnittlich liegen die so berechneten öffentlichen Erträge von Investitionen in tertiärer Bildung bei den OECD-Staaten bei 300 Prozent: Für jeden Euro, den die Staaten in Akademiker (!) investiert, kommen drei zurück – so die Berechnungen aus der jährlich erscheinenden OECD-Studie *Educa-*

## KOMMENTAR DER REDAKTION

Wie werden die Zustände an den österreichischen Hochschulen 2030 aussehen? Eine Frage die einer/einw dieser Tage oft in den Sinn kommt. Die öffentlichen Debatten drehen sich einerseits um Grundsatzfragen wie der sozialen Durchlässigkeit, dem freien Hochschulzugang oder der Gleichberechtigung an den Unis. Themenfelder welche den Diskurs um die Hochschulen seit Jahrzehnten begleiten. Dann gibt es auch die, nicht minder akuten, ungelösten Probleme der Hochschulfi-

nanzierung, überfüllten Hörsälen oder den Bedingungen mit denen JungforscherInnen zurechtkommen müssen. Brandherde gibt es also genügend. Manche werden in der öffentlichen Diskussion als Stiefkinder betrachtet, andere werden bewusst instrumentalisiert um politisches Kleinvieh zu generieren. In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns im Dossier mit ein paar ausgewählten Brandherden und wollen diese einmal etwas näher betrachten.

red ◀





tion at a Glance. Der Investitionsertrag bei Frauen liegt aber deutlich darunter, die geringere spätere Entlohnung, die rund ein Drittel unter jener von Männern liegt, schmälert die individuelle und öffentliche Rendite. Diese Zahlen sprechen aus budgetpolitischer Perspektive eindeutig für Investitionen in (tertiäre) Bildung, die OECD empfiehlt selbst dann in akademische Ausbildung zu investieren, wenn die Ausgaben ein zusätzliches Budgetdefizit bringen würden – auf lange Frist zahlt sich Hochschulbildung sicher aus.

**Unschärfen.** Viele Aspekte, in denen AkademikerInnen zu einer Verbesserung der öffentlichen Haushalte beitragen, sind in dem Indikator noch nicht inbegriffen. Durch ihr höheres verfügbares Einkommen konsumieren sie in absoluten Zahlen mehr als andere, die dadurch eingehobene Mehrwertsteuer lässt die Staatskasse nochmals klingeln. AkademikerInnen sind gesünder und politisch interessierter – so genannte positive externe Effekte, also wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusatznutzen, der gar nicht im ursprünglichen Investitionsziel inbegriffen war, sind klar zu erkennen.

Aber wie präzise kann der wirtschaftliche Wert von AkademikerInnen wirklich gemessen werden? Selbst die OECD hegt Zweifel an der Genauigkeit ihrer Aussagen. So wird in *Education at a Glance* für die Berechnung der Rendite eines Hochschulstudiums von einem Realzinssatz von drei Prozent ausgegangen, um den Zeitfaktor der In-

vestitionen einberechnen zu können. Wird dieser Wert nur geringfügig geändert, würden die errechneten Absolutbeträge deutlich schwanken. Ein anderer Unsicherheitsfaktor sind nicht prognostizierbare Veränderungen am Arbeitsmarkt – wenn sich die Nachfrage nach bestimmten akademischen Fachkräften ändert, steigt oder fällt auch das zusätzliche Einkommen, das durch das abgeschlossene Studium erzielt werden kann. Die oben erwähnten externen Effekte zu beziffern ist noch schwieriger. Nichts desto trotz sprechen jedoch die Vergleiche und die Renditen eine deutliche Sprache: Investitionen in tertiäre Bildung sind budgetpolitisch gerechtfertigt.

**Wessen Erträge?** Besonders in Zeiten von drohenden Sparpa-

Die OECD stellt die individuellen und öffentlichen Gesamtkosten und Gesamterträge von Bildungsinvestitionen gegenüber, um eine durchschnittliche jährliche Rendite (= „interner Zinsfuß“) der Investition zu berechnen. Diese zeigt, in welcher Höhe für Bildung aufgewandtes Geld wieder in die Staatskasse bzw. in das eigene Geldbörsel zurückfließt.

keten ist das Argument des wirtschaftlichen Nutzens von Bildung natürlich hilfreich, aus sozialwissenschaftlicher wie aus gesellschaftspolitischer Perspektive muss damit allerdings sehr vorsichtig umgegangen werden. Zunächst bedeuten die beeindruckenden öffentlichen und privaten Renditen nicht zwangsläufig Positives: Wenn nur wenige Menschen ein Hochschulstudium abschließen, kommt der zusätzliche Ertrag auch nur dieser Bevölkerungsgruppe zu Gute. Beim öffentlichen Ertrag verhält es sich wie bei allen öffentlichen Geldern: Über die Verwendung wird auf politischer Ebene entschieden. Ob aus dem Mehr an Einnahmen höhere Mindestsicherung oder eine Senkung des Spitzensteuersatzes finanziert werden, hängt von den politischen Kräfteverhältnissen ab. Die Verteilungsfrage muss also im selben Atemzug gestellt werden, wie Hochschulbildung als Top-Investition angepriesen wird: Für wen werden die Renditen verwendet? Je progressiver ein Steuersystem und je durchlässiger das Bildungssystem, desto ausgleichender kann tertiäre Bildung für eine Gesellschaft wirken.

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive muss allerdings auch die Grundannahme der Humankapitaltheorie in Frage gestellt werden: Gewinnmaximierung ist nicht das einzige Entscheidungskriterium der AkteurInnen. Menschen studieren nicht nur deshalb, weil sie sich später höhere Einkommen erwarten. Sie

beginnen eine tertiäre Ausbildung, weil ihre Eltern studiert haben – soziale Selektion ist ökonomisch nicht rational, und sie passiert trotzdem. Auch die Rationalität öffentlicher Investitionsentscheidungen ist zweifelhaft: Hier kann sich die OECD wohl noch Jahrzehnte lang ins Zeug legen und der Österreichischen Regierung eine extrem ertragreiche und gleichzeitig risikofreie Anlagemöglichkeit anpreisen, die Erfolgsaussichten auf mehr Geld für Hochschulen sind gering.

Flaute herrscht momentan bei jenen Argumenten, die in den 1970er Jahren die Bildungsdiskussion dominierten. Hochschulbildung als Mittel des sozialen Aufstiegs, Hochschulen als wichtige Bestandteile selbstkritischer und offener Gesellschaften und Bildung als Akt der geistigen Befreiung – damit wird heute keine Podiumsdiskussion mehr gewonnen. Zwar mag es auf den ersten Blick egal sein, warum in Hochschulen investiert wird, ist mensch doch um jeden zusätzlichen Euro froh. Die Ökonomisierung der Argumente hinterlässt jedoch auch Spuren in der Hochschulorganisation („unternehmerische Universität“), den Studienplänen (Bologna-Struktur) und den Studierenden selbst. Wenn die Zeit an der Hochschule wirklich nur noch als Selbst-Investment gesehen wird, verliert der tertiäre Sektor aus demokratiepolitischer Sicht an Attraktivität. ◀

*Die Autorin studiert Sozioökonomie und Kunstgeschichte in Wien.*

**Öffentliche Kosten und Erträge aus Investitionen in tertiäre Bildung in Österreich**

	Männer	Frauen
Gesamtkosten (USD)	55.569	55.579
Gesamterträge (USD)	172.815	122.341
Rendite („interner Zinsfuß“)	11,50%	7,10%
OECD-Durchschnitts-Rendite	8,70%	10,70%

**Private Kosten und Erträge aus Investitionen in tertiäre Bildung in Österreich**

	Männer	Frauen
Gesamtkosten (USD)	63.888	63.932
Gesamterträge (USD)	221.962	148.502
Rendite („interner Zinsfuß“)	9,10%	7,40%
OECD-Durchschnitts-Rendite	11,00%	9,50%

# Leere statt Lehre

Die Proteste im vergangenen Jahr haben die Aufmerksamkeit zwar auch auf die Situation vieler präkarisierter Lehrender gelenkt. Geändert hat sich bislang jedoch nichts. Für 2011/12 droht nun die große Leere an den Unis.

THOMAS SCHMIDINGER

Seit dem Universitätsgesetz (UG) 2002 hat sich die Situation des so genannten Mittelbaus an den österreichischen Universitäten dramatisch verändert. Statt meist beamteter, jedenfalls aber unbefristeter Stellen, werden nun nur noch auf einige Jahre befristete Stellen vergeben, für die an manchen Universitäten auch so gut wie kei-

MitarbeiterInnen entfristet, davon im Studienjahr 2009/10 13 Personen.

Bereits vor dem UG 2002 stellen allerdings die Verträge für LektorInnen die prekärste Beschäftigungsform des wissenschaftlichen Personals an den Universitäten dar. Ursprünglich nur als Übergangslösung gedacht, bekommen sie bis heute nur schlecht dotierte Semesterverträge. In den letzten Jahren hat sich diese Situation für viele Betroffene jedoch insofern verschärft,

zahlten Lehraufträgen leben muss, sondern aus der beruflichen Praxis oder der außeruniversitären Forschung kommt, kann so nebenbei an der Universität lehren und erweitert damit wesentlich das thematische Spektrum der Lehre. In vielen Studienrichtungen wird mehr als die Hälfte der Lehre von LektorInnen geleistet, die dadurch eine inhaltliche Breite an die Universität bringen, die nur mit Vollzeitstellen nicht zu erreichen wäre. Zugleich kann auch eine relativ große Gruppe an NachwuchswissenschaftlerInnen als LektorInnen erste Lehrerfahrung erhalten. Und auch wenn viele dieser jungen LektorInnen nach wenigen Jahren aufgrund fehlender Perspektiven wieder aufgeben, so lernen eben auch viele, die in Lehre und Forschung bleiben, das Handwerkszeug der Lehre – für die die Universitäten ja so gut wie keinerlei Ausbildung anbieten.

Kaum einer der LektorInnen hat an der Universität einen Arbeitsplatz, für immer höhere Studierendenzahlen gibt es gleichbleibend wenig Gehalt und niemand weiß wie lange ein Lehrauftrag erhalten bleibt. Angesichts solcher Bedingungen ist es allerdings primär die Universität, die von den LektorInnen profitiert. An vielen Instituten könnten ganze Themenbereiche nicht abgedeckt werden, würden nicht engagierte Lehrende, die ihr Wissen durch eigene Forschungen erworben haben, dieses in die Lehre einbringen.

**AMS statt Anstellung.** Für LektorInnen und andere Angehörige des neuen Mittelbaus wird dabei der Umgang mit der „Kettenvertragsregelung“ zum immer drängenderen Problem. Immer mehr Angehörige des wissenschaftlichen Personals erreichen derzeit und in den nächsten zwei Jahren jene Anstellungsdauer, die ihnen nach der Kettenvertragsregelung eine weitere befristete Beschäftigung an derselben Universität untersagt. Ab 2011/12 werden erstmals auch Tausende LektorInnen davon betroffen sein, weil die Frist

mit dem Inkrafttreten des Universitätsgesetzes per 1. Jänner 2004 zu laufen begonnen hat und LektorInnen maximal acht Jahre lang mit befristeten Verträgen beschäftigt werden dürfen. Als Schutz für die ArbeitnehmerInnen gedacht, sollte die Kettenvertragsregelung eben vor solchen Kettenverträgen schützen und eigentlich dazu führen, dass solche ArbeitnehmerInnen in ein unbefristetes Anstellungsverhältnis übernommen werden. An den meisten Universitäten wird hingegen anders auf die Kettenvertragsregelung reagiert: Um niemanden unbefristet anstellen zu müssen, werden stattdessen nach Ablauf der Frist keine Lehraufträge beziehungsweise andere zeitlich befristete Anstellungen mehr vergeben. Für die Lehre bedeutet dies, dass spätestens 2011/12 in vielen Studienrichtungen die Lehre nicht mehr aufrecht zu erhalten sein wird – sofern sich nicht der Umgang mit der Kettenvertragsregelung ändert. Für die betroffenen LektorInnen führt dies zu massiven Härtefällen, insbesondere bei jenen, die bis zu acht Semesterwochenstunden lehren und fast ausschließlich von der Lehre leben. Gerade bei älteren LektorInnen sind die Chancen gering, eine andere Anstellung oder an einer anderen Universität genug Lehraufträge zu finden. Für LektorInnen mit Familie und/oder Betreuungspflichten ist es zudem oft nicht zumutbar, einfach ein Jahr an eine Uni irgendwohin zu verschwinden. Besonders betroffen davon sind aufgrund der in unserer Gesellschaft immer noch ungleich aufgeteilten Betreuungsarbeit in besonderem Ausmaß WissenschaftlerInnen. Damit wartet für manch hochqualifizierte Wissenschaftlerin am Ende der Kettenvertragsregelung nicht die feste Anstellung, sondern das AMS und die bedarfsorientierte Mindestsicherung. ◀

*Der Autor ist Lektor am Institut für Politikwissenschaft, Ersatzmitglied des Betriebsrats und des Senats der Universität Wien und 2010/11 Research Fellow an der University of Minnesota (US).*



ne Chance auf eine Entfristung besteht. Heute ist der gesamte neue Mittelbau, die verschiedenen Pre- und Postdoc-Stellen, zu einer zeitlich befristeten Angestelltengruppe geworden, die durch die so genannte „Kettenvertragsregelung“, die die Aneinanderreihung kurzfristiger Arbeitsverträge zeitlich begrenzt, im Normalfall keine Chance auf langfristige Verlängerung ihrer befristeten Anstellungen hat. Die Verantwortung dafür liegt jedoch nur teilweise beim Gesetzgeber. Während einzelne Universitäten, wie die Universität Innsbruck, durchaus eine größere Zahl an Laufbahnstellen, so genannte Tenure-Track-Stellen, geschaffen haben, hinkt etwa Österreichs größte Universität, die Universität Wien, auch in absoluten Zahlen vielen kleineren Universitäten hinterher. 2008/09 wurden 39

als immer mehr LektorInnen auch außerhalb der Universitäten nur ähnlich prekäre Beschäftigungsverhältnisse vorfinden wie innerhalb der Unis. So gibt es heute immer mehr LektorInnen, die entweder (fast) nur davon leben, mehrere Lehraufträge parallel – manchmal auch an mehreren Universitäten – zu halten, oder sich von einem Projekt zum nächsten durchzuwurschteln.

**Unis lehren kein Lehren.** LektorInnen, früher externe LektorInnen genannt, sind zwar nur für einzelne Lehraufträge an Universitäten angestellt und müssen jedes Semester erneut um ihre Lehrveranstaltungen ansuchen, allerdings hat dieser Status – so prekär er in vielen Fällen auch ist – durchaus auch Vorteile für alle Beteiligten. Wer nicht ausschließlich von den kümmerlich be-



# Die Hälfte der Hochschulen – die Hälfte der Macht?

Die Liste der Problemfelder an den Hochschulen ist lang und länger. Manche werden dabei intensiv debattiert, andere, wie die Frage nach der Gleichstellung von Frauen an den Hochschulen, werden wiederum zum Nebenschauplatz erklärt.

JULIANE SOYKA

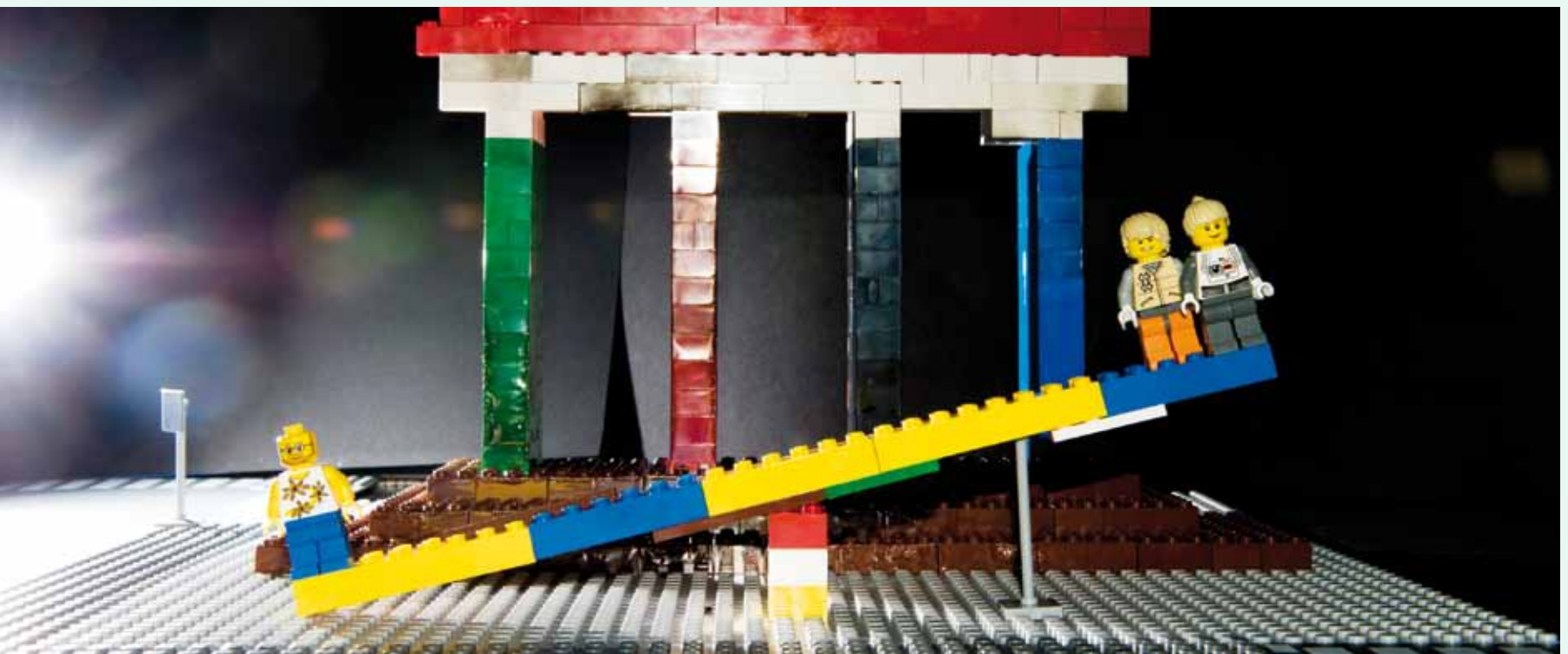
**D**ie Hochschulen waren immer auch Spiegel aktueller Verhältnisse in der Gesellschaft. Durch ihre bewusste VorreiterInnenposition bilden und beeinflussen sie gesellschaftliche Diskurse und tragen als AkteurInnen zu Fortschritt oder Regress bei. Verschleiert werden dabei die Mechanismen, die darüber entscheiden, wer das Recht zur Artikulation im wissenschaftlichen wie gesellschaftlichen Diskurs erhält. Kommen ganze Gruppen hier nicht zur Geltung, wird deren Realität faktisch negiert. Exklusionsmechanismen kennen bekanntlich viele Attribute. Der öffentliche und mediale Diskurs hält sich dabei gern kleinlaut. Gerade Fragen der Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männer werden somit zu einem beliebten Nebenwiderspruch. Wie steht es also um die Gleichberechtigung der Geschlechter an den Hochschulen?

Frauen mittlerweile 54,2 Prozent aller Studierenden an einer hochschulischen Einrichtung aus. Dies als ein Zeichen für die vermeintliche Gleichstellung an den Hochschulen zu werten wäre aber weit verfehlt. Zum einen variiert die Geschlechterverteilung von Studierenden je nach Fachgebiet stark. „Typisch“ weiblich besetzte Studienrichtungen sind immer noch Veterinärmedizin (in Wien bei ca. 82 Prozent Frauenanteil) oder die Geisteswissenschaften. Dagegen sind an der Montanuniversität Leoben und den beiden technischen Universitäten in Graz und Wien nur 25 Prozent weibliche Studierende inskribiert. Zum anderen muss ein umfassendes Bild, das den Status Quo der Geschlechter-Gleichberechtigung an den Unis umfassend abbilden will, auch jene Strukturen betrachten, in denen geforscht und entschieden wird: Den Rektorat, Senaten und dem Kollegium der ProfessorInnenschaft.

**Bewegung oder Stillstand?** Auf den Ebenen von Lehre und Forschung sind Frauen nach wie vor

zent Frauen zu 60 Prozent Männer. Noch drastischer bei den ProfessorInnen. Derzeit sind rund 16,85 Prozent aller ProfessorInnen in Österreich Frauen. Zudem ist die Zahl an Professorinnen, selbst in typisch weiblich konnotierten Bereichen, wie zum Beispiel an der Universität für angewandte Kunst mit nur ca. 23 Prozent oder der Veterinärmedizinischen Universität mit gar nur 10 Prozent, sehr gering. Diese Zahlen belegen, dass es auch in Fachgebieten, in denen eindeutig genug Studentinnen vorhanden wären, um später auch Führungspositionen übernehmen zu können, Frauen in höheren Etagen die Ausnahme von der Regel sind. Je weiter es nach oben geht in der universitären Hierarchie, desto weniger Frauen sind zu finden. Unter den RektorInnen an öffentlichen Universitäten ist aktuell Sonja Hammerschmid an der Veterinärmedizinischen Universität Wien die einzige Rektorin.

Die Praxis des wissenschaftlichen Alltags begünstigt und fördert die Schräglage an den Unis.



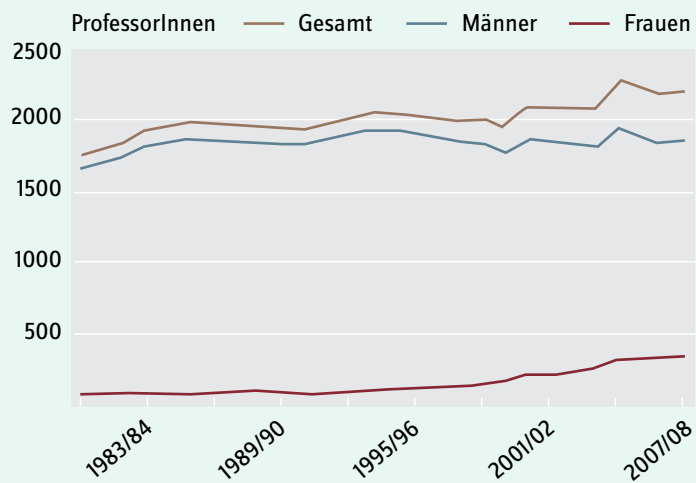
Frauen wurden lange Zeit vom universitären Raum ausgeschlossen. Auf den österreichischen Universitäten wurden Frauen erstmals ab 1897 zu Studien an der philosophischen Fakultät zugelassen. Erst seit 1993 regelt das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, dass Studentinnen keine Benachteiligung bei der Zulassung zum Studium oder während des Studierens erfahren dürfen. Die Zahl an Studentinnen hat seither durchaus einen rasanten Zuwachs erfahren. Im Durchschnitt machen

stark unterrepräsentiert. Gemeinhin beschreibt die Metapher der gläsernen Decke diesen Umstand. Unter dieser wird verstanden, dass viele hochqualifizierte Frauen im unteren Bereich der Karriereleiter hängen bleiben und es nicht schaffen bis in die Führungsetagen vorzudringen. So führen die seit Jahrzehnten steigenden Studentinnen- und Absolventinnen-Zahlen bis heute nicht zu wesentlich mehr Assistentinnen auf den Unis. Das Verhältnis beträgt dort 40 Pro-

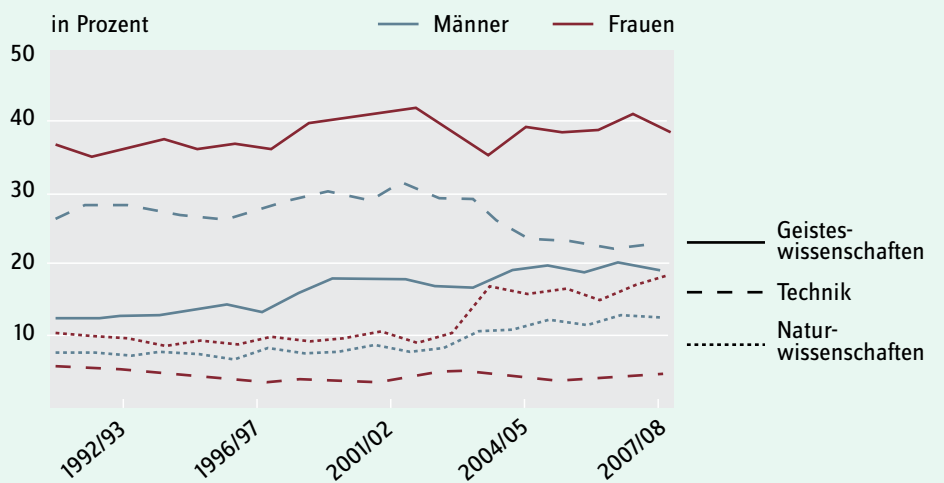
Frauen sind nach wie vor für einen Großteil der unbezahlten Arbeit, sprich Kinderbetreuung, Pflege oder Haushalt, verantwortlich. Männer in diesem Bereich unterliegen dieser Doppelbelastung in der Regel nicht. Ihnen fällt es somit auch leichter die Anforderungen, die eine solche Karriere verlangt, gerecht zu werden. Sheila Jasanoff, von der Universität Harvard bekräftigte dies vor

*Fortsetzung auf der nächsten Seite* ▶

Entwicklung der Zahl der ProfessorInnen an öffentlichen Universitäten



Entwicklung der Studienwahl an öffentlichen Universitäten



Quelle: Frauenbericht 2010 (<http://www.bka.gv.at/site/7207/default.aspx>); Statistik Austria, BMWF

Kurzem in einem Interview: „Ich glaube nicht, dass meine Studentinnen mit Kindern nach acht, neun Uhr abends noch die Energie zum Lesen und Arbeiten aufbringen. Sie haben kaum persönliche Kontakte, können nicht zu Konferenzen fahren und keine Forschungen präsentieren. All diese gesellschaftlichen Verpflichtungen in der professionellen Welt der Wissenschaft kann man nicht von der Ferne machen oder in Halbtagsbeschäftigung“, gibt die Juristin zu bedenken. Die formale Gleichstellung per Gesetz ist somit zwar eine wichtige Voraussetzung, aber noch lange nicht das Ende des Weges. Mechanismen, die sich über Jahrzehnte und Jahrhunderte in den wissenschaftlichen Habitus der Universitäten eingepreßt haben, dauern an.

**Vorwärts schreiten?** Obwohl die Position von Frauen mittlerweile rechtlich klar abgesichert ist und die Universitäten laut Universitätsgesetz sogar

eindeutig zur Erstellung eines Frauenförderungsplans und der Etablierung eines Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen (AKG) verpflichtet sind, hat sich nur bedingt etwas verbessert. Das Universitätsgesetz (2002) hat mit seiner Novellierung im Herbst 2009 die Verpflichtung zu einer 40prozentigen Frauenquote in allen Kollegialorganen der Universitäten geschaffen.

Gleichzeitig wurden die Kompetenzen des Arbeitskreises für Gleichbehandlung an Universitäten ausgebaut. Sollte die 40 Prozent-Quote nicht eingehalten werden, hat der AKG die Möglichkeit, Einspruch wegen ungemäßer Zusammensetzung des Gremiums einzulegen. An der Medizinischen Universität Wien konnte seit der neuen Zusammenstellung des Senats (= eines der universitären Entscheidungsgremien) tatsächlich eine beträchtliche Steigerung des Frauenanteils, von 37 Prozent auf 50 Prozent beobachtet werden. Inwieweit dieser jedoch auf die Frauenquote zu-

rückzuführen ist, ist schwer auszumachen. An der Uni Graz hat sich hingegen mit Einführung der Quote nichts verändert, der Frauenanteil blieb vorerst konstant auf 25 Prozent, wobei die Studierendenkurie ihre VertreterInnen noch nicht beschickt hat. Seitens der ProfessorInnen wird die Verantwortung für eine quotengerechte Besetzung der Senate gerne auch auf die Studierenden abgewälzt. Es ist höchst fraglich, ob dies eine zielführende Praxis darstellt.

Die öffentliche Debatte, die sich gerade zum wiederholten Mal über Zugangsbeschränkungen, Studiengebühren und Studienqualität dreht, betrachtet die Gleichbehandlung an den Unis auch weiterhin als Stiefkind. Ob letzteres in absehbarer Zeit erwachsen wird und damit zu einem ernst zu nehmenden Gegenüber, bleibt abzuwarten. ◀

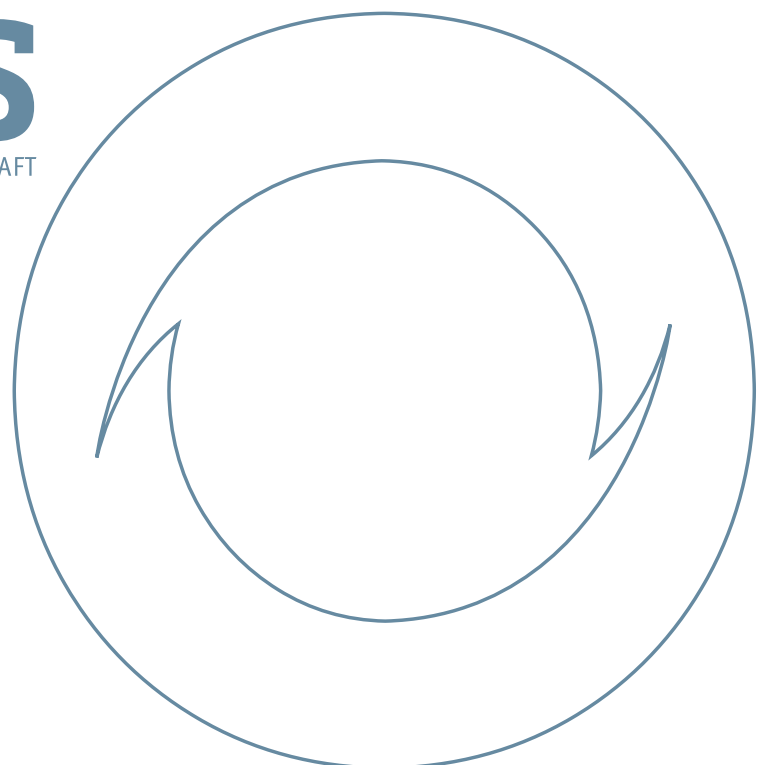
Die Autorin studiert BWL und Politikwissenschaft in Wien.

# PROGRESS

DAS MAGAZIN DER OESTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT

## lesen heißt abonnieren.

Wer **PROGRESS** haben möchte, ist mit einem Abonnement gut bedient. Das kostenlose Abo sichert dir dein ganz eigenes Heft - frisch aus der Druckerei. Wer **PROGRESS** mitgestalten möchte, sollte einfach vorbeischaun.



Mehr auf [www.progress-magazin.at](http://www.progress-magazin.at)



# Feuilleton



## Das Menschengeschlecht

Ein Kommentar von Wolfgang Zwander

Über die Ergüsse des Thilo Sarrazin wurde in den vergangenen Wochen mehr als genug diskutiert. Mal plumper, mal gehobener, mal appetitlicher, mal unappetitlicher. Wer die Diskussion verfolgte, konnte relativ schnell feststellen: Das Interessante daran war in Wirklichkeit nicht der Inhalt von Sarrazins abgeschmackten Menschenzüchter-Thesen, sondern *wie* darüber diskutiert wurde, oder besser gesagt: *Was* die Diskussion bei *wem* zum Vorschein brachte. Halten wir fest: Die *Bild*-Zeitung nutzte den Hype der Political Incorrectness sofort aus, um festzustellen, was man alles „wohl noch sagen dürfen“ werde. Dass dabei gefordert wird, „wer arbeitet, darf nicht der Dumme sein“, nehmen die LeserInnen des Blattes hoffentlich nicht zu wörtlich.

Die FPÖ geilte sich – wie nicht anders zu erwarten – an Sarrazins Thesen auf: Laut Hazeh Strache muss „man sich schon fast überlegen, diesem verdienstvollen Mann bei uns Asyl anzubieten“. Hierzu wäre interessant,

welche neue Thesen über vererbare Dummheit Sarrazin einfielen, wenn er mal den Hazeh-Mob am Viktor-Adler-Markt sehen würde. Sei's drum.

Wirklich Anlass zum Aufhorchen sollte ohnehin etwas anderes geben: Wie stark Sarrazins „ethnische Thesen“ von Teilen des so genannten bürgerlichen Lagers rezipiert werden. Sarrazin schaffte es immerhin bis auf das Cover vom *Spiegel*. Die Ressentiments, die er schürt, finden ganz offenbar auch in Kreisen Widerhall, die Qualitätsmedien konsumieren. Und schneller als uns allen lieb sein kann, müssen wir uns nun wieder mit Fragen herumschlagen wie dieser: Ob eine junge „deutsche Akademikerin“ a priori wertvoller sein könnte als eine „ostanatolische Gebärmachine“? Die Zeiten aber, in denen solche Fragen auch nur implizit gestellt wurden, sollten wir als Menschengeschlecht wirklich hinter uns gelassen haben.

*Der Autor studiert in Wien.*

### KURZMELDUNGEN

**Die Filmtage** *Hunger.Macht.Profite* finden von 07. bis 31. Oktober zum vierten Mal an vier verschiedenen Spielorten in Österreich statt. Das *Schikaneder* in Wien, die *Lichtspiele Lenzing*, das *Local-Bühne Kino Freistadt* und das *LEOKINO* in Innsbruck zeigen gesellschafts- und wirtschaftspolitische Dokumentarfilme, die sich mit der Thematik „Recht auf Nahrung“ auseinandersetzen. In den anschließenden Filmgesprächen werden die BesucherInnen dazu eingeladen, gemeinsam mit ExpertInnen aktuelle Problemlagen und Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren.

<http://hungermachtprofite.blogspot.com/>

**Die Ausstellung** „Kritische KomplizInnenschaft / Critical Complicity“ ist von 11. November bis 18. Dezember in der *Kunsthalle Exnergasse* in Wien zu sehen. KomplizInnenschaft als kritisches Handeln an den Randzonen der Gesellschaft wird anhand von fünf Aspekten der alternativen künstlerischen Produktion behandelt: Der Übergänge von Makro- und Mikrogemeinschaft; dem Spannungsfeld legal/illegal; Affekt und Verführung; dem Moment der Interdependenz; sowie dem Einsatz taktischer Medien.

[www.wuk.at/event/id/14461](http://www.wuk.at/event/id/14461)

**Der Poetryslam** ist eine junge Kunstform, die in den 80er Jahren in Amerika aus der Taufe gehoben wurde. Acht DichterInnen treten im direkten Wettbewerb um die Gunst des Publikums an. Erlaubt ist alles von Lyrik, Reim bis hin zur Prosa. Das Publikum bewertet die selbstverfassten Stücke der PoetInnen live vor Ort und kürt somit den/die SiegerIn des Abends. Literaturinteressierte, Kabarett- und Comedyfans kommen beim *Poetryslam Cup* gleichermaßen auf ihre Kosten und haben die Gelegenheit als JurorInnen live ins Geschehen einzugreifen.

[www.poetryslam.at](http://www.poetryslam.at)

# Zwischen Autonomie und WM

**Katalonien hat in diesem Sommer geboht: Vor Ärger über den beschränkten Autonomiestatus und vor Freude über den Sieg Spaniens bei der Fußball-Weltmeisterschaft**

VERENA EHRNBERGER

In den katalanischen Tageszeitungen wechseln sich wochenlang fußballbegeisterte pro-spanische Schlagzeilen mit empörten Kommentaren zum Autonomiestatut und der „katalanischen Frage“ ab. *La Razon* etwa verkündet drei Tage vor dem WM-Finale „España vence unida“ (Spanien gewinnt vereint) und sogar das in Barcelona ansässige Tagesblatt *La Vanguardia* stimmt in die Fußball-Begeisterung ein und titelt Spanien-freundlicher als gewohnt „Todos jugamos juntos“ (Wir spielen alle gemeinsam). In der Rubrik *Opini3n* findet sich dann aber doch auch der gewohnte katalan-nationalistische Ton. „Katalonien, alte Nation Europas (so drückt es das Statut aus), verdient Respekt. Dass es ja niemand herabsetzt!“ Katalonien scheint in der Frage über sein Verhältnis zu Spanien mehr als zwiesgespalten. Während sich die Hälfte der KatalanInnen von Spanien unterdrückt oder sogar besetzt fühlt, ist die andere Hälfte sehr zufrieden mit ihrer doppelten Identität.

Doch woher rührt diese jahrzehntelange Diskussion um die katalanische Unabhängigkeit, die auch nach Jahrhunderten der politischen Zugehörigkeit zu Spanien nichts von ihrer Aktualität eingebüßt hat?

**Katalonien als Großmacht.** Noch heute erinnern sich die KatalanInnen gerne an die einstige Größe Kataloniens, das sich im Mittelalter über weite Teile des Mittelmeerraums, von Valencia und Mallorca bis nach Neapel und den Inseln Sizilien, Korsika und Sardinien zog. Die Erklärung für den glühenden Nationalstolz der meisten KatalanInnen ist wohl in der jüngeren Geschichte der nun autonomen Region Catalunya zu finden,

die lange Zeit vor allem durch Unterdrückung geprägt war. In der Zeit der Diktatur Francos (1939–1975) wurde die katalanische Kultur und Sprache aus dem öffentlichen Leben verbannt. Katalanisch konnte nur zuhause gesprochen werden. Auf der Straße mussten Strafen befürchtet werden. „Meine Eltern sind beide aus anderen Regionen Spaniens hierher nach Barcelona gezogen“, erklärt mir meine Freundin Cristina. „Während der Zeit der Diktatur haben sie deswegen zuhause auch immer nur Spanisch gesprochen. Deswegen habe ich Katalanisch dann erst recht spät in der Schule gelernt. Bei den Kindern mit katalanischen Eltern hat die Sprache zuhause überlebt. Anderswo hätten sie es nicht sprechen dürfen.“

**Verbreitung des Katalanischen.** Nach dem Tod Francos 1975 wurde die demokratische Landesregierung wiederhergestellt. Seitdem kann das Català wieder überall auf den Straßen gehört und auf Plakaten und Straßenschildern, in Zeitungen und in Büchern gelesen werden. Spanisch und Katalanisch sind seither die offiziellen Sprachen Kataloniens. Katalanisch ist allerdings die erste Bildungssprache in den Schulen und Universitäten. Die von vielen KatalanInnen ersehnte gänzliche Separation von Spanien, blieb jedoch ein unerfüllter Wunsch. Ihre Unabhängigkeit und Identität betonen sie seither vor allem über ihre Sprache. Deswegen legt auch die katalanische Landesregierung viel Wert auf die Verbreitung derselben. Im Rahmen eines *normalització* genannten Prozesses versucht die regionale Regierung den vielen, aus anderen Teilen Spaniens, Zugewanderten die katalanische Sprache näherzubringen. Durch Kampagnen für die Verbreitung des Katalanischen, das Anbieten unentgeltlicher Sprachkurse und Förderungen der katalanischsprachigen Literatur, ist es gelungen

die einstige Position des Català zumindest teilweise wiederherzustellen.

Kurz nach Ende der Diktatur wurde die Autonomie bestimmter Regionen, darunter auch der *Comunitat Aut3noma de Catalunya* durch die spanische Verfassung 1978 anerkannt. Ein Jahr später wurde ihre unabhängige Position mit dem *Estatut d'Autonomia de Catalunya* 1979, dem ersten Autonomiestatut Kataloniens, das als eine Art eigene Verfassung für Katalonien, verstanden werden kann, weiter gestärkt. Mit dem Autonomiestatut 2006 ist neuerlich Bewegung in die katalanischen Unabhängigkeitsbestrebungen gekommen. Dieses kommt der Forderung der KatalanInnen nach mehr wirtschaftlichen und finanziellen Kompetenzen für die Region größtenteils nach. Die der Region Catalunya garantierte Unabhängigkeit wurde aber vom spanischen Zentralstaat als zu weitgehend empfunden. Unter anderem bezeichnet der erste Artikel Katalonien als „Nation“, ein anderer bezeichnet das Katalanische als „vorrangige Sprache“ vor dem Spanischen und ein weiterer Artikel will den Vorrang des katalanischen Zivilrechts, das seit jeher eigenständig neben dem spanischen besteht, normieren. Diese umstrittenen Punkte wurden im Juli 2010 vom spanischen Verfassungsgericht als verfassungswidrig aufgehoben.

**Würde des Landes.** Als Reaktion auf dieses Urteil wurde vom Präsidenten der *Generalitat de Catalunya*, José Montilla, zur Demonstration aufgerufen: „Um für die Würde eines Landes zu kämpfen muss man vieles tun. Wenn es zu einem Angriff darauf kommt, muss man auf die Straßen gehen.“

„Ich verstehe die Aufregung nicht. Ich bin Katalanin. Auch zuhause rede ich katalanisch. Aber ich finde den Rest von Spanien auch sehr schön“, empört sich meine Kollegin Mari und meint bezüglich der angekündigten Demonstration: „Ich werde dort bestimmt nicht hingehen!“

„Spanien muss endlich verstehen, dass Katalonien ein eigenes Land mit eigener Kultur ist. Wenn wir unsere Kultur nicht pflegen, wird sie irgendwann in der spanischen untergehen.“ meint meine Bekannte Marta. Und mein Vermieter Paco zuckt nur mit den Schultern und bemerkt „Ich bin zwar Katalane, aber ich gehe nicht zur Demonstration. Das bringt ohnehin nichts.“ So viele KatalanInnen zu diesem Thema befragt werden, so viele Meinungen werden herauskommen. Aber egal ob diese der Autonomie positiv oder negativ gegenüberstehen – keine Katalanin und keinen Katalanen lässt das Thema kalt.

Der Ruf der KatalanInnen nach Autonomie wird lauter.

Foto: Ehrenberger



Die Autorin studiert Jus und Vergleichende Literaturwissenschaft in Wien.



# Volle Kontrolle der virtuellen Identität

Debatten über die digitale Sicherheit von *Facebook* werden immer lauter. Vier New Yorker-Studenten haben ihre eigene Alternative zu diesem Problem gefunden: In wenigen Wochen wird ihre Antwort auf *Facebook* gelauncht: Das neue Social-Network *Diaspora*.

ELEONORA KLEIBEL

Den Datenschutz berücksichtigendes Open Source Social Network mit voller NutzerInnenkontrolle, ist das ausformulierte Ziel der *Diaspora*-Gründer. Anstatt die Kommunikation wie bei bestehenden Anbietern über einen zentralen, gewinnorientierten Server laufen zu lassen, sollen die zukünftigen *Diaspora*-NutzerInnen durch ihre Anmeldung ihren eigenen *Diaspora*-Seed erhalten. Dieser Samen in Form eines Webservers aggregiert dann die persönlichen Daten und Informationen und kann mit anderen UserInnen verbunden werden. Durch die verschlüsselte Kommunikation haben die NutzerInnen somit selbst die volle Kontrolle, wem sie den Zugriff auf persönliche Informationen gewähren. Dass die vier Studierenden aus New York ihr Projekt als freie Software planen, ist ein gravierender Unterschied zu den bisherigen Social-Network-AnbieterInnen. Jedoch ist die Freigabe der Lizenz, so dass jeder Mensch sie beliebig kopieren, verbreiten und nutzen darf, auch noch kein Garant zum Erfolg. Der Open-Source-Anbieter von *Twitter* Status.net ist beispielsweise immer noch eher unbekannt.

Das Interesse an einen für NutzerInnen freundlichen Social-Network ist in jedem Fall sehr groß. Die *Diaspora*-Gründer wandten sich im Bezug auf Finanzierung ihres Projektes an die Crewfunding-Plattform Kickstarter. Ihre Innovation fand Anklang, und so hatten die vier Erfinder das benötigte Budget von 10.000 Dollar in zwölf Tagen zusammen und hörten bei diesem Betrag nicht auf, Geld für ihr Projekt zu sammeln.

Die vier IT-Studierenden haben sich offenbar auch genau den richtigen Zeitpunkt ausgewählt, um mit ihrer frisch geborenen Idee an die Öffentlichkeit zu gehen. Im Mai, nach der *Facebook*-Entwicklerkonferenz F8 rief die *Facebook Inc.* aufgrund ihrer Erneuerung im Umgang

mit persönlichen Daten nicht nur überzeugte DatenschützerInnen auf den Plan.

Sie präsentierten dem Publikum neben den neuesten Plänen im Bezug auf die Social-Plugins, welche die Interaktion mit anderen Websites fördern sollen, auch die überarbeiteten Datenschutz-Richtlinien. Die privaten Daten, wie persönliche Informationen, Fotos, etc. sollten zu kommerziellen Zwecken an Dritte weitergegeben werden.

Mit dem geplanten offenen Umgang und dem offiziellen Weiterkauf persönlicher Informationen ging die *Facebook Inc.* um Mark Zuckerberg aber womöglich einen Schritt zu weit.

## Facebook übernimmt das Netz.

*Facebook* hat laut eigenen Angaben rund 500 Millionen aktive NutzerInnen weltweit und ist damit die größte Social-Community. Die Nutzung von *Facebook* ist für die UserInnen kostenlos, aber im Endeffekt sind es doch die NutzerInnen, die bezahlen. Im Gegensatz zum Open Source Modell *Diaspora* ist *Facebook* eine kommerzielle Social Software.

Die *Facebook Inc.* hat allerdings noch kein kostendeckendes Geschäftsmodell entwickeln können – durch die rasant steigende NutzerInnenzahl und die damit verbundenen Kosten reicht der geschätzte Jahresumsatz von 700 bis 800 Millionen Dollar nicht, um die nötigen Ausgaben durch die konkreten Einnahmen zu finanzieren. Aber nicht nur Mark Zuckerberg und die weiteren *Facebook*-Stakeholder versuchen, von dem Sozialen Netzwerk finanziell zu profitieren. Viele Firmen nutzen die kommerziellen Angebote auf der Internetseite wie etwa das Targeting und Empfehlungsmarketing.

Das Targeting ist der englische Begriff für personalisierte Werbung. Firmen haben also Zugriff auf Basisinformationen wie Alter, Geschlecht und Herkunft, aber auch individuelle Eingaben wie spezifische Interessen oder favorisierte Lektüre können für Firmen sichtbar gemacht



Foto: Bischof

Diaspora als Alternative zum Facebook-Datenschutz-Disaster?

werden. Diesen wird dadurch ermöglicht noch besser auf die vermeintlichen Bedürfnisse ihrer potentiellen KundInnen einzugehen.

**Facebook vs. Diaspora.** Der *Facebook Inc.* reicht es aber nicht mehr, die beinahe konkurrenzlose Nummer Eins unter den Social-Networks zu sein: Mark Zuckerberg und seine MitstreiterInnen haben es deutlich gemacht: Sie wollen auf jede Homepage

Das Werkzeug dazu ist das Open Graph Protocol dass die Kommunikation zwischen Facebook und anderen Websites fördert. Mit ganz einfachen Mitteln können so Website-BetreiberInnen so genannte Share- und Like-Buttons auf ihre Home-

page hinzufügen, die sofort mit *Facebook* interagieren und die jeweilige Nachricht automatisch auf das Profil der BenutzerInnen posten.

Ob die Quasi-Monopolstellung von *Facebook* überhaupt noch gebrochen werden kann, haben sich die vier Studierenden auch gefragt. Ein Zwischenschritt soll daher sein, bereits existierende Social-Networks wie eben *Facebook* oder auch *twitter* und *flickr* auf der neuen *Diaspora*-Seite zu integrieren.

Wir dürfen gespannt sein, im Herbst wird die revolutionäre Plattform gelauncht, die es den UserInnen erlaubt, selbst im Besitz ihrer Daten zu sein.

Die Autorin studiert Kultur- und Sozialanthropologie in Wien.

# Bicasso Jürgenssen<sup>1</sup>

Zahlreiche Arbeiten der vor sieben Jahren verstorbenen Künstlerin Birgit Jürgenssen werden diesen Winter in einer groß angelegten ersten Retrospektive in Wien zu sehen sein. Dies bietet den perfekten Anlass, sich dem Wandel feministischer Kunst und deren Anliegen zu widmen.

ANGELA TIEFENTHALER

In der 1975 von Valie Export kuratierten Ausstellung *Magna. Feminismus: Kunst und Kreativität* waren Fotos einer Küchenschürze tragenden Frau zu sehen. Anstatt eines die Kleidung vor Schmutz schützenden Stoffes wurde der Trägerin hier aber ein Herd plastisch vor den Körper geschnallt. Dem traditionellen Gewand einer Hausfrau in Form und Länge nachempfunden irritiert der an der Hüfte ausladende Vorbau, der neben zwei Kochstellen auch ein Backrohr vorzuweisen hat. Die in erkennungsdienstlicher Manier aufgenommenen Bilder zeigen frontal und im Profil wie aus der offenen Lade ein Brotlaib hervorlugt. Um das Gewicht dieser Konstruktion zu tragen stützt die adrett gekleidet und gekämmte Frau ihre Arme ab wie es auch Schwangere tun. Kochen und Backen werden folglich mit Konnotationen des Austragens und Gebärens zusammengebracht, und so die Last und das Spektrum reproduktiver Pflichten versinnbildlicht.



Nest, 1979

„Ich als Bonsai“. Die hier abgebildete Frau ist gleichzeitig Urheberin dieser Fotografien. Birgit Jürgenssen, eine zu diesem Zeitpunkt 26-jährige Wiener Künstlerin, die zuvor ihr Studium an der Hochschule für Angewandte Kunst abgeschlossen hat, wo ihr Lehrbeauftragte mit Sagern wie „Ach, Fräulein Jürgenssen, warum schleppen Sie sich denn mit den schweren Lithosteinen ab, Sie werden doch eh bald heiraten!“ begegnet sind. Was die Künstlerin daraufhin thematisiert und kritisiert, mag aus heutiger Sicht fern wirken, entspringt aber ihrer direkten Lebenserfahrung in einer Nachkriegsgesellschaft, die von einer vielseitigen und tiefgreifenden „Zurück-an-den-Herd“-Politik geprägt war.

Auf dieses Umfeld reagierte Jürgenssen mit dezidiert feministischen Arbeiten, die sich zu Beginn, wie die Hausfrauen-Küchenschürze zeigt, vor allem mit traditionellen Bildern von Weiblichkeit im Spannungsverhältnis zwischen Privatheit und Öffentlichkeit auseinandersetzen. Auch in anderen Medien wie der Grafik arbeitete sich die Künstlerin an den ihr zugewiesenen, festgefahrenen Geschlechterrollen und deren Auswirkungen ab. So stellt sie 1976 eine Frau in engen Hosen und Stiefeln dar, der die Bewegungsfreiheit durch eine ausgeklügelte Konstruktion aus Seilen und Holz vollständig genommen wurde. Zu einem rein funktionalen Ding degradiert bleibt ihr nichts anderes übrig als in dieser hörigen, soldatisch anmutenden Stellung zu verharren und an die Decke zu starren. Der weibliche Körper, der in Jürgenssens Bildern immer auch als ihr eigener erkannt werden kann, wird zur Materie, in die sich Machtmechanismen und Normen einschreiben. Die Künstlerin bringt dies mit einem anderen Sinnbild in einer kurzen Notiz so auf den Punkt: „Ich als Bonsai. (durch besondere Behandlung niedrig gehaltene Baumpflanze)“.

**Körper/Grenzen überschreiten.** Birgit Jürgenssen bezog zeitgemäß Stellung zu gerade in der zweiten Frauenbewegung wichtigen Themen wie Körper, Machtverhältnissen oder den engen Grenzen weiblicher Lebensentwürfe. Früh lassen sich bei ihr aber auch Strategien der Maskerade und Fragmentierung erkennen, die in feministischen und dekonstruktivistischen Diskursen in den folgenden Jahrzehnten besondere Wichtigkeit erlangten. Sich selbst nimmt die Künstlerin dabei immer mehr aus ihren Arbeiten heraus und verstellt den Blick der Betrachter\*innen durch Motive wie beispielsweise den eines Fuchskopfes, mit dem sie ihr Gesicht verhüllt. „Ich maskiere mich, weil es weniger um mich als um die Situ-

Fotos: Verbund Wien



Stiefelknecht, 1976

ationen geht, in denen ich mich darstelle, um die Geschichten, die eine Visualität bekommen. Und sowieso darum, in andere Rollen und Identitäten zu schlüpfen.“<sup>2</sup> Durch die Tier-Werdung, die Jürgenssen in mehreren Fotostrecken durchgespielt hat, schafft sie einen Rahmen, der weniger stark von geschlechtlichen Zuschreibungen beeinflusst ist und ihr die Möglichkeit gibt, sich selbst in neuen identitären Konstrukten zu versuchen. Diesen Ansatz variiert sie ihr gesamtes Schaffen hindurch und kann so, selbst wenn sie nicht dezidiert mit Geschlechterrollen und deren Überschreitung spielte, als Wegbereiter\*in eines queeren Verständnisses von Identität begriffen werden.

**Gegen glatte Frauenkörper.** Dieser Brückenschlag von Auseinandersetzungen mit traditionellen Rollenbildern wie dem der Hausfrau hin zu Identität als Variable ist es, der Jürgenssens Werk nicht leicht fass- und kategorisierbar macht. Bis heute haben wir es täglich mit einer allzu glatten, kulturell gefestigten, bildlichen Präsenz von Frauenkörpern zu tun, die solch ambivalente Stellungnahmen nicht toleriert. Birgit Jürgenssen arbeitete durch variationsreiche Verfremdungen dreißig Jahre lang gegen diese Mechanismen an und bietet somit auch für die Gegenwart inspirierende Denkanstöße.

Die Birgit Jürgenssen Retrospektive, die in Kooperation mit der Sammlung Verbund entstanden ist, kann ab 16. Dezember 2010 im *Bank Austria Kunstforum* besucht werden.

<sup>1</sup> Mit diesem Pseudonym signierte Birgit Jürgenssen als Achtjährige ihre Zeichnungen.

<sup>2</sup> Birgit Jürgenssen im Gespräch mit Rainer Metzger: *Kunstforum International*, 164, 2003, S. 243.



## Metaphysik der Gewalt

L iteraturwissenschaftler gegen Hitler“ klingt nach dem Namen einer eher verwegenen Studiengruppe. Im Zweiten Weltkrieg war es aber ein reales Programm des britischen Geheimdienstes MI6. Gegen die Gräueltaten und das Lügenkönne nur ankämpfen, wer selbst das Gespür für Geschichten und das Geschichten-Erzählen besäße, so dachten die Schlapphüte, und heuerten GeisteswissenschaftlerInnen und LiteratInnen an. Eine Geschichte solcher Figuren erzählt der spanische Großschriftsteller Javier Marías im heuer erschienenen dritten und letzten Teil seines Romans *Dein Gesicht morgen*.

Als der Romanist Jaime Deza wegen Streitereien mit seiner Frau aus dem Madrid der Gegenwart flüchtet, ahnt er nicht, dass die Tradition der Geistesmenschen undercover nicht vorbei ist. Überzeugt, dass Jaime tief in die Seele anderer Menschen zu blicken vermag und ihre Absichten erraten kann, heuert ihn ein Mann namens Tupra an, vermittelt von seinem väterlichen Freund Wheeler, der einst im Krieg gegen die Nazis selbst für den Geheimdienst arbeitete. Wofür die Psychogramme dienen, die er für Tupra erstellt, erfährt Jaime jedoch nur selten.

Schon bald wird sein gutes Gewissen auf die Probe gestellt. In der ansonsten verwaisten Behindertentoilette einer Diskothek muss er zusehen, wie sein Chef einen spanischen Diplomaten brutal verprügelt und foltert. Später stellt sich heraus, dass ihm dies nicht nur sardonisches Vergnügen bereitet, sondern Teil seines Jobs ist. Videoaufnahmen dieser entmenslichten Folterszenen, in die er reiche Geschäftsleute und PolitikInnen hineinzwingt, schaffen für Tupra eine psychische Abhängigkeit bei seinen Opfern. Sie werden zu seinen willfährigen Instrumenten.

Dieses Wissen verändert Jaime. „Vielleicht empfindet man nie völlig ehrlichen Abscheu gegen sich selbst, und eben das ermöglicht uns, alles zu tun, sobald wir uns an die Gedanken gewöhnen, die in uns aufkommen“, rät er, nachdem er der Disko-Szene passiv beiwohnt. Sein Schrecken lähmt ihn, hindert ihn am Eingreifen. Wenig später ist die Gewalt auch in ihn eingedrungen, wie eine Infektionskrankheit. Er terrorisiert und verprügelt einen Liebhaber seiner Frau, wird selbst zur Bestie.

In mäandernden, sich windenden Sätzen, die so typisch sind für Marías, beschreibt er die Indifferenz der menschlichen Empfindsamkeit gegenüber der Grausamkeit. Jaime Deza bleibt nicht bis zum Ende des Buches im Dienste des

Folterknechts Tupra, aber lange genug, um mit Faustischer Rücksichtslosigkeit mehr über das Leben zu lernen, als es NormalbürgerInnen jemals könnten. Die Erforschung des Schmerzens-Bereitens verquickt im Roman gleichsam mit der Beschreibung der Geheimorganisation. Beides, so wird suggeriert, ist esoterisches, verbotenes Wissen, das nur von Mund zu Mund verbreitet werden kann, unwiderstehlich für den Geist von Jaime. Genau diese verborgene Qualität ist es, die trotz ihrer bitteren Mischung aus Disziplin und Strafe auch in dem oder der LeserIn das perverse Verlangen weckt, in ihre Geheimnisse eingeweiht zu werden.

Alexander Fanta ◀



*Dein Gesicht morgen 3: Gift und Schatten und Abschied, Klett-Cotta 2010, 725 S., 29,90 Euro.*

## ZWEIMAL HINGEHÖRT



### Josh Ritter | *So Runs the World Away*

**NIKI:** Alles beginnt mit einem wunderbar unnötigen Intro, der erste Song baut sich theatralisch auf und der zweite ist erfrischenderweise ein Walzer. Danach wird es stellenweise etwas langweilig und leider erst wieder gegen Ende richtig gut. Schade eigentlich, denn ohne die teils erheblichen Durststrecken hätte es, dank seiner Experimentierfreude und dem kompositorischen Geschick von Josh Ritter, ein wirklich gutes Album werden können.

**LUKAS:** Vor allem ist Josh Ritter ein Dichter! Die Geschichte, die er in seinem Vorgängeralbum „The Historical Conquests of Josh Ritter“ begonnen hat, zu erzählen, findet nun in *So Runs the World Away* seinen manifestartigen Höhepunkt. Lyrisch leichtfüßig bis melancholisch bewegt er sich in gekonnter Songwriter-Manier über strahlende Abgründe und beklemmende Freiheiten einer apokalyptischen Gesellschaft, während seine bestechende Stimme schauerhaft-ehrliehe Stilleben auf CD malt. Leider fällt die epische Musikuntermalung hier oft zu versucht aus.



### Ray LaMontagne | *God Willin' & the Creek Don't Rise*

**NIKI:** Ray LaMontagne rockt zuerst, dass es weh tut, naja soweit seine Verwurzelung im Americana dies zulässt, nur um dann die Pedal Steel Gitarre nahezu überzustrapazieren und irgendwie mehr auszuatmen als zu singen. Wenn er sich aber auf „Beg Steal or Borrow“ wieder fängt, wird's richtig gut und bleibt auch so. Natürlich muss dazu seine Stimme gemocht und über so manchen leicht kitschigen Moment hinweggesehen werden können.

**LUKAS:** Ray LaMontagnes leidendes Gestöhne und die kitschigen Missgriffe in den Lyrics lassen an einigen Stellen wie die verstummenden Überreste der Elegie eines alternden Dorfpredigers erklingen. Obwohl ihm jene Lieder, die das Country-Genre bedienen, wesentlich besser stehen als die jazzig-souligen Versuche, bleibt der reisende, trinkende, zynische lonesome Cowboy, den er gerne abgeben würde der Vorstellung überlassen. „New York City is Killing Me“ ist allerdings eine der schönsten Hass(liebes)-Balladen auf den großen Apfel!





Foto: Haug

# Der Gegenstand Lernen

Ein Gastkommentar von Frigga Haug

**O**hne weiteres kann ich eine Reihe von klugen und einverständigen Bemerkungen zum Lernen machen. Dass es nützlich ist und notwendig, dass es Spaß machen kann und Mühe bereiten, dass es lebenslänglich geschieht, dass es allgemein menschlich ist, dass aber auch Tiere selbstverständlich in der Lage sind zu lernen... Solche Sätze stehen um mich wie ein gepflegter Garten, in dem ich auf eigens dafür angelegten Wegen gehe, ohne dass ich etwas zertrete, mich etwas mit Dornen ergreift und verletzt. Ich bin unangefochten.

Dabei löst das Wort Lernen, wenn ich es nur nah genug an mich heranlasse, ein tiefes Unbehagen aus. Es heftet sich an Erinnerungen von Befehl und versuchtem Gehorsam, von Versagen und Unlust, von Schuld. Im Schacht meines Gedächtnisses sind unter dem Namen Lernen vornehmlich Erlebnisse abgelegt, in denen es mir gerade nicht gelang zu lernen, was ich sollte oder wollte. Erinnerung an Unvermögen, Verweigerung, Blockade.

**Lernen als Tätigkeit.** Ist Lernen also etwas, das nur sprechbar und erkennbar wird im Moment, in dem ein geplantes Ziel nicht erreicht wird, in dem eigene Strategien und Mühe entfaltet werden müssen, und das daher benennbar und erinnerbar ist zunächst als Negativerlebnis, als misslingendes Lernen.

Ich kann das nicht glauben. Ich weiß von Neugier und Lernlust. Also muss es doch in der Erinnerung, wie verschüttet auch immer, gelingende, positive Lernerlebnisse geben. Aber warum solche Vergrabung? Warum diese Unlustbesetzung des Wortes Lernen in eigener Erinnerung bei gleichzeitigem Wissen, dass Lernen gesellschaftlich zu den positiven, anerkannten, guten Tätigkeiten gehört?

Vielleicht ist es sinnvoll, von Lernen nur in Zusammenhängen zu sprechen, in denen für die Bewältigung bestimmter Praxen eigene Schritte gegangen werden müssen, Strategien ergriffen, Fähigkeiten bewusst erlangt werden – und die Hoffnung, es gäbe so etwas wie lustvolles glückliches Lernen dem Reich der Wunschphantasien zuzuschreiben? Lernen wäre demnach an Training gebunden und es gälte, erfolgreiche Programme zu entwerfen und existierende ständig zu verbessern, um den größtmöglichen Lernerfolg zu erzielen? Fähigkeiten müssen durch harte Übung erlangt werden, der Weg ist steinig, das Gehen nur durch äußeren oder/und inneren Zwang möglich. Es ist günstig, in sehr jungem Alter damit anzufangen, wenn die Menschen noch biegsam sind. »Früh krümmt sich, was ein Häkchen werden will.« Alles, was man durch freudiges Tun gleichsam im Fluge erlernt, wäre dann für eine Theorie des Lernens und entsprechende Pädagogik

ebenso wenig von Interesse wie die schlechende Ein- und Unterordnung, die das Leben in herrschender Gesellschaft erbringt?

Ich bin nicht überzeugt. Aber es irritiert mich, dass mir immer weiter negative Lernerlebnisse einfallen, bis zu einem gewissen Grade zumindest, und dann der eigentliche Lernschub wie ausgelöscht ist, sodass ich aus ihm wiederum nichts lernen kann.

Ich nehme ein Beispiel aus höherem Alter, sodass kindliche Unlust und womöglicher Unwille, die Fähigkeit hier und jetzt sich anzueignen, keine Rolle spielen können, sondern ich davon ausgehen kann, dass ich als rationales Subjekt lernen wollte.

**Die Frage.** Die Erinnerung ist wie ein Alptraum. Ich sitze in einem Seminar. Wie selbstverständlich ist meine Hauptkraft darauf gerichtet, nicht aufzufallen und doch aufzufallen. Es darf niemand merken, dass ich rein gar nichts weiß, kaum etwas verstehe, schon gar nicht, wozu ich es verstehen sollte, dass ich die Texte nicht durchdringend gelesen habe, nicht lesen konnte, weil sie mir nichts sagten und anderes mir mehr. Auch sitze ich hier in einem Hauptseminar, obwohl dies erst mein drittes Semester ist, weil es mir gelungen war, den Eindruck zu vermitteln, sehr klug zu sein und strebsam. Das scheint mir mit einem Mal kein so großer Erfolg mehr zu sein, sondern eine selbst gestellte Falle. Ich schreibe in jedem Semester wenigstens vier Referate und bin also fleißig, habe aber mehr und mehr den Eindruck, hauptsächlich eine Inszenierung zu betreiben, nichts wirklich zu sein und also vergeblich den Versuch zu machen, Lernbissen zu ergattern. Fieberhaft überlege ich, was ich fragen könnte. Dies scheint die hauptsächliche Erwartung zu sein, dass die Studenten Fragen stellen und so Verständnis, Wissensdurst, Interesse zeigen. Es muss mir einfach eine Frage einfallen, bevor ich plötzlich an die Reihe komme, in den Mittelpunkt rücke und jedermann sieht, dass ich nichts zu fragen weiß. Um mich herum sitzen die Studenten, es sind fast alles Männer, und daher wundere ich mich nicht, dass sie eifrig und fähig aussehen. Sie sitzen also gespannt wie Bögen und stellen Frage auf Frage: Schon gibt es eine lange Liste der Fragenwollenden, und wenn ich mich nicht jetzt melde, komme ich in dieser Sitzung überhaupt nicht mehr dran. Jede Studentenfrage ist eingebettet in einen Urstrom an Wissen. Querverweise, Namen, Bezüge – wenn mir doch auch bloß eine so intelligente Frage einfallen würde. Mein Gesicht fühlt sich von innen an, als sei es außen rot vor Anstrengung, meine Hände sind schweißnass – der Rest meines Körpers ist verschwunden, da keimt in mir eine Fragemöglichkeit. Es ist nicht meine Frage – um zu fragen, verstehe ich zu wenig –, es ist eine mögliche Frage in diesem hochintelligenten Raum. Ich mel-

de mich, bin die Achte auf der Liste und begebe mich in die schreckliche Zeit des gespannten Wartens, der Hoffnung, ich möge gar nicht mehr drankommen, der Gewissheit, dass es jetzt unvermeidlich ist. Ich forme elegante und gelehrte Sätze in meinem Kopf, fange immer wieder von vorn an, bis die Frage – sie ist beileibe nicht lang – jene unverwechselbare Gestalt erhält, unerhört wichtig zu klingen, klug und gelehrt, und doch sich nicht als eine zu verraten, die von mir gar nicht ausgeht, nicht auf Antwort drängt, sondern die nichts vorhat, als im Raume zu stehen und auf mich als ihre Urheberin zu verweisen und solcherart ein glänzendes Licht auf mich zu werfen, allgemeine Anerkennung, einverständiges Nicken: bedeutend. Der Punkt, an dem ich einsetzen muss, rückt näher. Immerhin ist es eine Diskussion und ich habe schon geraume Zeit überhaupt nicht mehr zugehört, worum es geht. So weiß ich, als ich endlich aufgerufen werde, nicht, ob die Frage überhaupt noch sinnvoll in den Raum passt, und ausgerechnet jetzt muss ich daran denken, damit überhaupt an Sinn und Bedeutung der Frage, und beginne zu stottern. Die auswendig gelernten wohlgeformten Sätze haben meinen Kopf verlassen. In die Leere und allgemeine Stille hinein sage ich irgendetwas und lehne mich wieder zurück, jetzt erst bemerkend, dass ich mich angespannt ganz nach vorne gebeugt hatte, und bin verzweifelt enttäuscht, dass meine Frage, die ich nicht mehr weiß, von niemandem aufgenommen und beantwortet wird. Die ganze Anstrengung war umsonst.

**Privilegierte Möglichkeit.** Wieder eine Lernsituation aus einem institutionellen Raum, wieder eine Erinnerung an Unsicherheit, Vergeblichkeit, jetzt Täuschung, an den Versuch, sich in die Welt zu begeben, wie es erwartet wird, aber kaum eine Erinnerung an Neugier, an die Lust des Lernens, gar an das Studium als eine privilegierte Möglichkeit, Welt zu erkunden. Vor allem heftet sich Erinnerung wieder an Leid, an Unvermögen, an Misslingen. Wie von ungefähr mischen sich in die Erinnerung Kritik an der Lernsituation, Spott über womöglich leere Worte, Bedeutung produzierende Anordnung, die anderen Studenten – jedoch bleiben dies bloße Gesten, da in der Erinnerung kein eigenes Wollen, keine tatsächliche Frage, kein Wissenszuwachs verzeichnet ist. Lernen scheint eingeklemmt zwischen individuellem Wollen, das sich aber noch nicht kennt, und gesellschaftlicher Institution, deren objektiver Sinn verschlossen bleibt, ein Ausflug in eine unerkennbare Fremde. ◀

*Auszug aus meinem Buch Lernverhältnisse. Selbstbewegungen und Selbstblockierungen, Hamburg 2003, 2.A 2007*

*Frigga Haug, Dr. phil. habil. ist Vorsitzende des Berliner Instituts für kritische Theorie.*



# ESNA Die Europäische Agentur für Hochschulnachrichten

## ITALIEN: NUMERUS-CLAUSUS-FIEBER

Seit Anfang September laufen die Aufnahmetests für Numerus-Clausus-Fächer in ganz Italien. Bis zu 20 Prozent mehr BewerberInnen gibt es Schätzungen zufolge für die zulassungsbeschränkten Fächer Architektur, Medizin, Veterinär- und Zahnmedizin, mehr als 100.000 BewerberInnen auf 20.000 Plätze.

Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise mit einer auf knapp 27 Prozent gekletterten Jugendarbeitslosigkeit (ISTAT, Juli 2010) stellt für viele ein Beruf, dessen Ausbildungsplätze per Gesetz limitiert sind, eine sichere Zukunftsperspektive dar.

Einer Umfrage des Webportals *UniversiNet.it* zufolge würden acht von zehn StudentInnen das Vitamin B einer Empfehlung in Anspruch nehmen, um die harten Hürden des Tests zu umgehen: Sei es per Verwandtschaft mit einem Professor, die Hilfe einer einflussreichen Person, eine Parteimitgliedschaft oder durch eine Liebesbeziehung.

## DEUTSCHLAND: FORSCHERINNEN FORDERN FAIRE BERUFSSCHANCEN

Junge deutsche WissenschaftlerInnen machen mit einem Manifest für bessere Arbeitsbedingungen und eine gesicherte berufliche Zukunft in Hochschule und Forschung mobil. Das Templiner Manifest knüpft an den Forderungskatalog an, den der internationale Doktorandenverband eurodoc im Frühjahr dieses Jahres auf der Bologna-Konferenz in Wien veröffentlicht hatte.

Die Hauptkritik: Der Forderung nach Exzellenz folgt keine gebührende Gegenleistung. Es gebe siebenmal so viele befristete wie unbefristete Verträge im Wissenschaftsbereich, so Andreas Keller von der Bildungsgewerkschaft GEW. Außer der Zukunftsplanung der ForscherInnen bringe dies vor allem die Nachhaltigkeit der Forschungsprojekte in Gefahr, so Keller, der das Manifest mit vorstellte.

Eine Forderung des Manifests ist es, die Promotion als erste Phase eigenständiger wissenschaftlicher Arbeit nach dem Studium anzuerkennen und sie anstatt mit Stipendien durch tarifvertraglich geregelte Stellen zu fördern.

*Das Templiner Manifest, 06.09.2010;  
www.gew.de/templiner\_manifest.html*

## UKRAINE: MEHR AUTONOMIE FÜR WENIGER HOCHSCHULEN

Wie Staatspräsident Viktor Janukowitsch Ende August bekanntgab, ist die Arbeit an dem neuen Hochschulgesetz praktisch abgeschlossen. Fast jeder der 72 Artikel des Gesetzes wurde geändert. Im Kern wird dadurch den Hochschulen größere administrative und finanzielle Autonomie eingeräumt. Zugleich soll die Zahl der zugelassenen Universitäten beträchtlich verringert, die Akkreditierungskriterien verschärft werden.

Gegenwärtig gibt es 861 Hochschulen in der Ukraine, mehr als zweimal so viele wie 1990, und viele von ihnen von niedriger Qualität. Das Kabinett verlangte deshalb, dass für die innovative Entwicklung der Hochschulbildung neue Informationstechnologien und interaktive Lehrmethoden eingeführt werden.

Eine Internationalisierungsstrategie sieht eine Steigerung der ausländischen Studierendenzahlen vor. „Der Präsident hat eine klare Zielmarke gesetzt“, sagte Premierminister Mikola Azarow: „Bis 2015 sollen mindestens drei ukrainische Universitäten zu den 500 weltbesten gehören.“

## GROSSBRITANNIEN: SPRACHEN KOMMEN AUS DER MODE

Die Ergebnisse der Abschlussprüfungen an britischen Oberschulen diesen August – ein Fanal für die Zukunft der Fremdsprachen des einstmaligen Weltreiches. Denn Fremdsprachenkenntnisse nehmen stetig ab, da seit 2004 der Unterricht nicht mehr obligatorisch ist. Nur ein Viertel der Prüflinge belegte Französisch, und zum ersten Mal in der Geschichte war das Fach nicht unter den zehn Beliebtesten. Einer Studie zufolge belegten nur 38 Prozent der SchülerInnen an staatlichen Schulen eine Fremdsprache, mikroskopische 1,9 Prozent wählen zwei. Laut der Studie „Language Matters“ der Royal Academy wurden ein Drittel der Sprachinstitute an Hochschulen in den letzten sieben Jahren geschlossen. Oxford, die führende britische Universität für Fremdsprachen, verlor unlängst eine Million Pfund für Sprachforschungsförderung. Schon jetzt kommen auf einen Briten, der auf dem Kontinent arbeitet, vier EuropäerInnen auf der Insel – ein großer Mangel an fremdsprachengeschulten Fachleuten ist also vorprogrammiert.

*www.britac.ac.uk/news  
www.britac.ac.uk/policy*



## MITTEN IM LEBEN

### Trendy für euch:

- \* Unsere Classic Mensa-Menüschiene
- \* Choice - unser Mensa-Markt
- \* M-Cafés - Treffpunkt für den ganzen Tag
- \* Mensa c.d. - Catering Departement

Mehr Infos unter:  
[www.mensen.at](http://www.mensen.at)



MITTEN IM LEBEN

[www.esl-sprachreisen.at](http://www.esl-sprachreisen.at)

## ESL zur besten Agentur Europas gewählt!

Reisen Sie 2011 zu den Preisen von 2010 !



ESL - Wien t 01 522 7000  
Zieglergasse 3 1070 Wien

 **E·S·L**  
S P R A C H R E I S E N





JENA BARCELONA HEIDELBERG  
LANDAU BEOGRAD MAINZ LONDON SPLIT  
BOCHUM LAUSANNE MERCED  
SANTA BARBARA BERN

INNSBRUCK ZAGREB LUDWIGSBURG  
WESTMINSTER DÜSSELDORF WISSEN LYON KONSTANZ  
EMDEN

PARIS DUBLIN BRNO GREGG EGENSBURG  
GRONINGEN  
DUISBURG-ESSEN  
RIJEKA V  
DARMSTADT GENÈVE MEINERRHEIN  
HALLE SAN FRANCISCO

PASSAU W I E N  
COBURG HILDESHEIM CHICAGO  
FRANKFURT  
BRAUNSCHWEIG  
SAARBRÜCKEN  
GART

GRAZ G I S I E  
BOLOGNA  
OSNABRÜCK  
BIELEFELD  
HANNOVER ZÜRICH SALZBURG  
KAIERSLAUTERN DRESDEN

POTSDAM MÜNCHEN  
SANTA CRUZ LANDAU RIVERSIDE  
ERFURT KÖLN  
SIEGEN

MARBURG FRANKFURT BERKELEY MÜNSTER  
AAHEIN  
WUPPERTAL NÜRNBERG GIEßEN BONNEN PADERBORN  
SAN DIEGO  
KASSEL

TÜBINGEN REGENSBURG  
WÜRZBURG  
ESSLINGEN  
KARLSRUHE  
KIEL

**#unibrennt**  
BILDUNGSPROTEST 2.0



WESSEN UNI?  
UNSERE UNI!

THIMFILM & COOP99 FILMPRODUKTION PRÄSENTIEREN EINEN FILM DER AG DOKU UNIBRENT PROTESTBEWEGUNG IN ZUSAMMENARBEIT MIT COOP99

DAS KOLLEKTIV DER STUDIERENDEN UND DER AG DOKU DER PROTESTBEWEGUNG WÜNSCHT KEINE NENNUNG IHRER EINZELNEN NAMEN

SCHNITT DOMINIQUE GROMES SCHNITTASSISTENZ MARKUS EDELMANN SCHNITTKONSULENT OLIVER NEUMANN KAMERA AG DOKU VALENTIN RENDLINER, UVA. DRAMATURGIE G RECHERCHE AG DOKU VALENTIN RENDLINER, IRENE RESENER SOUND DESIGN THOMAS KAVA TONMISCHUNG COSMY TONSTUDIO

KOPFERWEIK LISTO VIDEOFILM BILDMASTERING KURT HENNRICH PRODUKTIONSKOORDINATION PETRA TÜRKY, AGATHA WHITECHAPEL, JOHANNA OBERHOLLENZER, KARIN C. BERGER PRODUZENT ANTONIN SYROBODA

HERGESTELLT MIT DER UNTERSTÜTZUNG VON ÖSTERREICHISCHES FILMSTIFTUNG UND FILMFONDS WIEN

WWW.UNIBRENT.AT / WWW.FACEBOOK.COM/UNIBRENT

